

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgen in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132

Dienstag, den 9. Juni 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Wird Europa kosakisch werden?

Die Zarenkrönung ist vorüber; Vertreter aller irgendwo nur bedeutenden Staaten der Alten und Neuen Welt waren dabei zugegen und überboten sich gegenseitig in Prunk und Pracht, um nur ja recht sinnfällig zu beweisen, wie hoch sie die Ehre schätzen, Freunde des mächtigen Zaren zu sein. Und während Hunderte von Glöckern des alten Moskau erklangen, der Kanonendonner schier endlos erdröhte, mußte sich, Angesichts der sinnverwirrenden Mächtenfaltung, die Frage regen: Ist dieses Reich der Despotie wirklich so fest gefügt, wirklich eine unerschütterliche, weltbeherrschende Macht?

Wie oft hat man in den letzten Jahrhunderten Rußland einen „Koloß mit thöneren Füßen“ genannt, der bei der nächsten Revolution zusammenstürzen müsse, auf einmal, mit gewaltigem Krachen.

Die Jahrzehnte sind vergangen — die Revolution kam nicht, der Koloß stand auf seinen thöneren Füßen fest wie auf einem Felsen. Was half es, daß opfermüthige Volksfreunde ihr Leben und Glück in die Schanze schlugen und im Lande der Knechtschaft das Banner der Freiheit entfalteten?

Sibirien birgt ihre Leichname, Sibirien birgt die lebendig Begrabenen, die Verbannten! Und der Zar ist mächtiger denn je, und um seine Gunst buhlen der Norden und auch der Süden, die Königreiche und die Republik!

In Frankreich, der Republik, wehten Fahnen am Krönungstage des Zaren, die Schulen wurden offiziell geschlossen, ein Fest wurde gefeiert, als gelte es, den Retter des Vaterlandes zu feiern. Alles für den Zaren, den unumschränkten Herrscher — und dies alles von einer Republik, die die Devise führt: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

So wird also Europa kosakisch werden, so wird sich der Ausspruch Napoleons I. dahin erfüllen, daß Europa, von dem er sagte, es werde am Ende des Jahrhunderts republikanisch oder kosakisch sein, sich dem Zaren zu Füßen legt?

Auf den ersten Blick erscheint es so; Frankreichs besitzende Klasse fühlt sich zwar sehr wohl, wenn sie selber am Ruder ist, da sie in einer Republik noch bessere Geschäfte machen kann, wie in einer Monarchie, wo sie den Wettbewerb des Hofadels auszuhalten hat, der ihr manchen fetten Posten wegnimmt. Aber in Prinzip ist der besitzenden Klasse die republikanische Verfassung sehr gleichgültig, oder vielmehr, sie ist ihr sogar unbehaglich, sobald sie die Möglichkeit bietet, daß mit ihrer Hilfe die nichtbesitzende Klasse das Staatsruder ganz oder theilweise in die Hände bekommt. Dementselbst folgte auf das kleinbürgerliche republikanische Ministerium Bourgeois das großkapitalistische Ministerium Meline, und deswegen möchte die Großbourgeoisie sammt den Kleinbürgern lieber die Republik aufgeben, als die bisherige Wirtschaftsordnung, und dem ersten besten Monarchen zuzubehalten, wenn sie nur einen hätten!

Wenn aber am grünen Freiheitsbaum der Republik solches geschieht, wie kann man sich da wundern, wenn in monarchischen Ländern, in denen eine Verfassung den früheren Monarchen erst durch eine leibhaftige Revolution aufgezwungen wurde, die besitzende Klasse mit Eifer darauf hinarbeitet, jene „vormärzlichen“ Zeiten wieder herbeizuführen oder mindestens nur eine solche Verfassung als staatsbehaltend preist, bei der die besitzende Klasse Alles ist, die besitzlose nichts. Das Bürgerthum, das in Sachsen 1849 für seine Verfassung die Barrikaden bestieg, hat 1896 ganz folgerichtig die Arbeiter rechtlos gemacht, denn auch im Jahre 1849 war es dem revolutionären Bürgerthum nicht darum zu thun, den Arbeitern eine ausschlaggebende Macht zu sichern, sondern sich, den angeblichen Vertretern „von Besitz und Bildung“.

Die Rückwärtsrevision der Reichsverfassung als Fortsetzung des sächsischen Vorgehens wäre nur das Weiter-spinnen desselben Fadens oder Strickes, an welchem die besitzende Klasse schon längst und überall die Volksrechte baumeln sehen möchte. Daß der Wunsch vorhanden ist, dafür liegen genügende Zeugnisse vor.

Wie der Despot von sich sagen kann, was Ludwig XIV., der gewaltige Herrscher Frankreichs, von sich gesagt haben

soll: „Der Staat bin ich“, so will jetzt der Capitalismus, dieser moderne Despot von sich sagen: „Der Staat bin ich“. Und um diesen Wunsch zur That werden zu lassen, braucht er ja, wie er meint, nichts zu thun, als seine Macht, die er noch besitzt, zusammenzuraffen und wie in Sachsen mit großer Mehrheit in seinen gesetzgebenden Körperchaften Beschlüsse zu fassen, die das politische Recht der besitzlosen Klasse kürzen oder ganz beseitigen!

Noch hat er die Mehrheit — und daß er sie gebrauchen will, um die Volksrechte zu schmälern, darüber ist kein Zweifel möglich.

Noch viel mehr aber scheint es in einer Despotie wie Rußland möglich, die Macht in den Händen zu behalten, die besitzlose Klasse rechtlos zu lassen, und sie, falls sie sich dagegen auflehnt, mit Polizei und Soldaten niederzudrücken und niederzutreten.

Es scheint — und wenn der Schein Wirklichkeit wäre, müßte die Zukunft des arbeitenden, besitzlosen Volkes eine tief traurige sein, noch schlimmer als seine Vergangenheit, denn verbündet mit einer ihm feindlichen Staatsgewalt wäre dann noch der Capitalismus, der, je größer das politische Joch der Arbeiterklasse ist, um so schwerer das wirtschaftliche zu gestalten vermag. Je weniger Freiheit, desto weniger Brot für das arbeitende Volk, aber um so größere Anhäufung von ungeheuren Reichthümern in einzelnen Händen; das zeigt gerade Rußland wieder am deutlichsten.

So ist denn der französische offizielle Jubel zur Zarenkrönung ein hochbedeutungsvolles Zeichen, es ist jedoch die Offenbarung des Geistes, der in der offiziellen, am Ruder befindlichen Klasse, der herrschenden, besitzenden, vorhanden ist. Die innige Liebe zwischen Capitalismus und Despotismus ist jedoch nicht auf Frankreich beschränkt, sie ist in allen Nationen vorhanden, nur tritt sie nicht überall so deutlich hervor, wie in Frankreich, wo die kapitalistischen und auch die politischen Interessen mit Rußland die gleichen sind, in Europa wie in Afrika und in Asien.

Und daß sie nicht die gleichen sind, daß sie nicht die gleichen sein können, daß innerhalb der kapitalistischen Welt der Kampf Aller gegen Alle, der sich in jedem Lande vollzieht, über die Landesgrenzen hinaus zum Kampf der Länder wird, das ist es, was dazu führen muß und wird, daß die Bäume der Despotie und des Capitalismus nicht in den Himmel wachsen.

Rußland ist groß und gewaltig; unerschöpflich scheint sein Reichthum, aber — die kapitalistische Produktionsweise bringt es mit sich, daß dieser Reichthum nur einigen Wenigen zu Gute kommt, das Volk arm bleibt und noch mehr verarmt, in Folge dessen die eigenen Erzeugnisse seines Landes und seines Fleißes nicht verbrauchen kann, und je mehr die Produktion durch Einführung der großindustriellen Technik wächst, um so mehr die besitzende Klasse Rußlands Gefahr läuft, in ihren eigenen Schätzen, den produzierten Waaren, zu ersticken, wenn sie für dieselben nicht Absatzgebiete schafft, zahlungsfähige Käufer.

War bis vor wenigen Jahrzehnten das russische Riesreich ein Land, das Produkte des Auslandes in ungeheuren Mengen verschlang, so wird es jetzt mit rasend steigender Schnelligkeit ein Land, das ungeheure Massen von Rohprodukten wie Waaren aus dem Lande schaffen muß, weil es im Lande für dieselben keinen Absatz mehr hat. Mit Getreide begann der Welteport, Vieh und Spiritus folgten, und nach den landwirtschaftlichen werden die industriellen Produkte kommen. Vor Allem aber wird Rußland durch die im Bau begriffene sibirische Eisenbahn die Waarenvermittlung zwischen Asien und Europa übernehmen. Von Wladivostok am japanischen Meer geht diese Riesebahn mit 1000 Meilen Länge durch Asien quer hindurch nach Europa, um die Produkte bisher kaum aufgeschlossener Länder, die reich an Naturschätzen sind, hinüberzuführen nach den Ländern des Westens. Welche Umwälzungen besonders auf landwirtschaftlichem Gebiete entstehen werden, wenn diese Bahn ihre volle Thätigkeit ausüben wird, läßt sich kaum übersehen. Das aber steht fest: Der Capitalismus wird dadurch noch mehr seine umstürzende Thätigkeit ausüben können; die kleine Produktion wird verschwinden, siegreich bleibt nur der Kapitalist, der mit solchen Mitteln ausgerüstet ist, daß er sich die Welterschätze nutzbar machen kann. Und indem die mittleren Schichten der Bevölkerung aufgefressen werden, die Massen in immer größere Abhängigkeit von einzelnen wenigen Kapitalisten gerathen, die Wirnisse des wilden Konkurrenzkampfes, die Krisen

immer umfassender, vernichtender sich gestalten, vollzieht sich, trotz politischer und wirtschaftlicher Despotie, jene Organisation des arbeitenden Volkes, die nicht in äußeren Formen besteht, sondern in dem Geist der Zusammengehörigkeit, der internationalen Solidarität, welche, je feindlicher die offiziellen Nationen aus Geschäftsrücksichten werden, um so inniger das Band der Brüderlichkeit die wirklichen Verkörperer der Nationen, die arbeitenden Massen, schweißt.

Was bis jetzt die Augenblicksziege der Reactionäre ermöglicht, ist der Mangel an Solidaritätsbewußtsein innerhalb der Klasse jedes Volkes. Wie aber das Wachsthum der großkapitalistischen Produktion seit Beginn dieses Jahrhunderts aus der plan- und ziellosen Menge der arbeitenden Bevölkerung bereits die sozialistische Kerntruppe in allen Industrieländern schuf, wird es in seiner weiteren Entwicklung auch die noch rückständigen Massen zur Erkenntniß bringen; die Naturprodukte, die Asien nach Europa werfen wird, werden die landwirtschaftliche Produktion Europas zu großkapitalistischer Umgestaltung zwingen und damit auch das Solidaritätsbewußtsein für das ländliche Proletariat erzeugen. Bis jetzt ist die Landbevölkerung zum überwiegenden Theil ein gefügiges Werkzeug in den Händen der besitzenden Klasse gegen seine eigene Brüder, die Industrieproletarier. Bis jetzt ruht die Macht der herrschenden Klasse, nicht nur in Rußland, auf den Unverstand der Massen. Die kapitalistische Entwicklung selbst beseitigt denselben die Kraft ihres eigenen Vorwärtstrebens. Und ist er beseitigt — dann freilich wird, je riesenhafter der kapitalistische Koloß ist, um so rascher er zusammenbrechen, nicht plöblich, sondern allmählich, aber darum um so sicherer. Und nur das Kosakenhum wird es dann sein, das in Europa die Herrschaft hat!

## Politische Rundschau. Deutschland.

Der Bundesrath überwies in seiner Sitzung am Freitag den Antrag Preußens, betreffend Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit, dem zuständigen Ausschüssen. Ebenso wurden die Beschlüsse des Landesausschusses über dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Wahlen der Mitglieder der Bezirks- und Kreisvertretungen, sowie der Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1896/97 und die Vorlage, betreffend die Ausprägung von Kronen, den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Prof. Wagner und Febr. v. Stumm. Unter einem Berliner Aufruf hinsichtlich des Sitzens der Mädchen in den Ladengeschäften befindet sich unter Anderem der Name des Prof. Adolf Wagner und der Name des Gen. Bebel. Dieser Umstand ist auf dem evangelisch-sozialen Kongreß zur Sprache gekommen. Im „Volk“ erklärt jetzt Prof. Wagner, er hätte von der Unterzeichnung Bebels keine Kenntniß gehabt; aber er hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn ihm die Mitunterzeichnung Bebels vorher bekannt gewesen wäre; „jedemfalls will ich lieber in einer solchen guten Sache mit einem persönlich achtungswerthen Manne wie Bebel als in irgend einer Sache auf einem Zirkular je mit einer Persönlichkeit wie etwa dem Herrn von Stumm zusammenstehen.“ Sollte er sich über seine Stellung zu Bebel und Freiherrn v. Stumm äußern, so sage er offen: „Bebel ist mir nicht ein „ernstlicherer“ Gegner als Herr v. Stumm, wohl aber ein „ehrlieherer“. Ob überhaupt aber noch ein „ernster“, d. h. ein ernst zu nehmender Gegner in Herrn v. Stumm zu sehen ist, darüber sind die schon im vorigen Jahre bei mir und Anderen aufgetauchten Zweifel mittlerweile allerdings noch gestiegen. Ton und Inhalt seiner Angriffe gegen Christlich-Soziale, Evangelisch-Soziale, Pastoren, Professoren, Beamte, überhaupt alle Andersmeinenden, lassen immer mehr bezweifeln, ob man es mit einer noch völlig für seine Neuzerungen verantwortlichen Persönlichkeit bei Herrn v. Stumm zu thun hat.“

Eine famose Wahltheorie haben sich die Nationalliberalen des Kreises Löwenberg, wo am 4. Juli die Nachwahl stattfindet, konstruirt, um ihr Eintreten für den Konservativen zu rechtfertigen. Das „S. T.“, welches sich selbst nationalliberal nennt, meldet, daß „viele liberal gesinnte Männer des Löwenberger Kreises für den konservativen Kandidaten stimmen würden, weil sie es für wünschenswerth und vernünftig halten, daß der

Reichstagsabgeordnete im Kreise Löwenberg anässig ist. — Das ist eine hübsche Sorte von „Liberalen“, welche die Wahl des Reichstagsabgeordneten einrichtet nicht nach Maßgabe der politischen Richtung, sondern nach dem Wohnort des Kandidaten. Ein großer Theil der national-liberalen Reichstagsabgeordneten selbst würde nach solcher Logik von den National-liberalen nicht gewählt werden können, weil dieselben ihren Wohnsitz außerhalb ihres Wahlkreises haben. Dies ist beispielsweise der Fall, so z. B. bei den Herren v. Bennigsen, v. Benha, Bircklin, von Cunn), Enneccerus, Dr. Friedberg, Dr. Hammacher, Dr. v. Marquardsen, Dr. Paasche u. c. Aber was thut's? Als Hörige des Bundes der Landwirthe dürfen sie nicht nachhaken. Und so konstruirt man sich denn die Theorie nach den Bedürfnissen.

Die zur Linderung agrarischer „Noth“ gegründete preussische Zentralgenossenschaftskasse hat in den ersten 6 Monaten ihres Geschäftsbetriebes, wie aus ihrer Bilanz hervorgeht, einen „Ueberschuß“ von 44,678 Mk. erzielt. Davon gebührt die Hälfte dem Staat zur Verzinsung der fünf Millionen Mark, die er der Kasse in Konsohls als Betriebskapital überwiesen hat, während die andere Hälfte zum Reservefonds der Kasse fließt. Da nun bei voller dreiprozentiger Verzinsung der fünf Mill. Mark der Staat auf ein halbes Jahr 75,000 Mk. erhalten müßte, so hat bei dem Geschäft der Staat einen Verlust von fast 52,000 Mk. erlitten. Die „Schles. Zeitung“ hofft, daß im zweiten Halbjahr der Geschäftsführung die volle Verzinsung die vom Staat hergegebenen Betriebsmittel zu erwarten sei. Mit der bloßen Hoffnung ist es nicht gethan. Der Verlust von 52,000 Mk., den der Staat jetzt schon hat, eröffnet nicht gerade rosigte Aussichten für die Zukunft.

Der Krankenversicherung unterlagen im Jahre 1894 laut den Nachweisungen des Statistischen Amtes durchschnittlich 7,282,609 Personen in 21,552 überhaupt thätig gewesenen Kassen. Die Zahl der Versicherten hat sich gegen das Vorjahr um 175,803 vermehrt, und zwar insbesondere bei den Ortskrankenkassen um 85,962, den Betriebskrankenkassen um 64,158 und der Gemeindeversicherung um 17,322 Personen. Die Zahl der Erkrankungen, 2,492,309, hat sich gegen das Vorjahr (2,794,027) erheblich vermindert, ebenso die der Krankheitsstage 43,686,440 (im Vorjahre 46,199,436). Demgemäß sind auch die Krankheitskosten von Mk. 101,971,698 auf Mk. 97,588,457 zurückgegangen, auf das Mitglied von Mk. 14,35 auf Mk. 13,67.

Bernünftige Leute scheinen die Mitglieder der „Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe“ in Flöha bei Chemnitz zu sein. In diesem Verein wurden die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik, betr. die Regelung der Angestellten in offenen Ladengeschäften, sowie Schließung der Ladengeschäfte Abends um 8 Uhr einer eingehenden Verathung unterzogen. Der Verein kam zu dem Beschluß, der Handelskammer Chemnitz gegenüber zu erklären, daß der weitaus größere Theil der Flöhaer Ladengeschäfte sich dem Vorschlage für einen Ladenschluß um 8 Uhr Abends anschließen. Die Großindustrie von Flöha und Umgegend, sowie die Behörden und Kontore schließen meist Abends 6 Uhr. Der Chemnitzer Arbeiterzug trifft in Flöha vor 7 Uhr Abends ein; es ist demnach auch dem Arbeiter hinreichend Zeit gegeben, noch vor 8 Uhr Abends seine Einkäufe zu bewirken. Das Gesetz über die Sonntagsruhe hat sich ganz hübsch eingelebt, und was Sonntags möglich ist, muß Wochentags ebenfalls ermöglicht werden; es kommt alles nur auf eine Einrichtung an. Der Verein stellt sich zwar durch seinen Beschluß in Gegensatz zu den Ansichten anderer Vereine, er strebt jedoch für die Geschäftsinhaber und dessen Angestellte einen bestimmten Feierabendbeschluß an, zumal letzteren schon der geringste Arbeiter hat. Zudem kommt, daß der Ladenverdienst nach 8 Uhr Abends nur sehr gering ist. — Auch der Gewerbeverein in Zwickau hat sich für den Acht-Uhr-Ladenschluß erklärt.

Das Urtheil eines deutschen Gerichtes. Wir lesen in der „Volksztg.“: „Daß auch einmal die Anschauungen und Empfindungen von Sozialdemokraten durch ein Gerichtserkenntniß ausdrücklich gegen „psychische Beunruhigungen“ geschützt werden, ist gewiß ein äußerst seltener Fall. Ein solcher hat sich aber am 2. d. M. in Mühlhausen in Thüringen zugetragen. Es wird der „Post“ von dort berichtet:

Ein Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie hatte bei der hiesigen Kaiserfeier der Sozialdemokraten der Zigarettenarbeiter B. ausgebracht. Das hiesige Schöffengericht verurtheilte ihn deshalb wegen Verübung „groben Unfugs“ zu zehn Mark Geldstrafe. Der von dem Angeklagten angeführten Rechtsfertigung, daß die betreffende Versammlung als eine sozialdemokratische angemeldet und auch nur Sozialdemokraten dort anwesend gewesen seien, bei denen dieses Hoch kein Vergerniß erregt habe, schloß sich das Gericht nicht an. Es sei anzunehmen, daß auch Nichtsozialdemokraten, z. B. Freugierige, dort anwesend gewesen seien, außerdem könnten sich auch Sozialdemokraten über ein solches Hoch ärgern, da, wie selbst Reichstagsabgeordnete im Reichstag ausgeführt, ein Theil der Sozialdemokraten bemüht sei, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur auf gesetzlichem Wege, nicht durch Revolution zu ändern.

Dies Urtheil gehört jedenfalls zu den interessantesten, die jemals der Paragraf vom „groben Unfug“ gezeitigt hat. Die Sozialdemokraten werden das Urtheil nicht mit „einem nassen und einem heiteren Auge“, sondern mit zwei heiteren Augen lesen, da einem Theil von ihnen einmal das Zeugniß einer friedlichen Partei von Gerichtswegen amtlich ausgestellt wird, ein andermal der Empfindlichkeit dieses friedlichen Theils eine Zartheit zugezogen wird, welche des gerichtlichen Schutzes bedürftig und werth sein soll. Mehr kann die Sozialdemokratie wirklich nicht verlangen.“ — Das Urtheil ist so interessant und spricht für sich selbst, daß sich jedes Wort erübrigt.

## Spanien.

Zur Lösung der kubanischen Frage ist jetzt eine neue Idee aufgetaucht. In Mexiko nämlich hat sich ein Comité von Deputirten, Kaufleuten, Industriellen und Zeitungsherausgebern gebildet, das in einem großen Aufruf folgenden Vorschlag macht: Die Einwohner Kubas sollen in einer allgemeinen Abstimmung ihren Willen kundgeben; Spanien soll eine garantierte Entscheidung erhalten; die spanischen Handelsverträge sollen vertragsmäßig geschützt werden; Kuba wird in drei Staaten getheilt, die sich der Republik Mexiko anschließen. Der Vorschlag gipfelt also in der Zuthilung Kubas an Mexiko und leidet trotz der Wärme, mit der er in dem Aufruf verteidigt wird, an mehreren Fehlern, von denen jeder einzelne schon im Stande wäre, die Idee zur Unausführbarkeit zu verdammen. Erstens werden die Kubaner, wenn sie sich frei entscheiden dürfen, für sich bleiben wollen; zweitens werden die Spanier Kuba den Mexikanern so wenig verkaufen, wie den Vereinigten Staaten, und drittens werden es die Vereinigten Staaten niemals zugeben, daß Kuba mexikanisch wird. Nur in einem Punkt kann man dem Aufruf des mexikanischen Comitees rückhaltlos beistimmen, in dem Wunsche nämlich, daß der Kampf baldigt beendet und so der völlige Ruin der schönen Insel verhütet werde. Die Erfüllung dieses Wunsches liegt leider zur Zeit fern wie je.

## Rußland.

Ueber den Kontrast zwischen dem entsetzlichen Unglück in Moskau und dem ungehörigen Fortgang der Festlichkeiten läßt sich bitter auch der Berichterstatter der „Post-Zeitung“, Ludwig Bietsch vernehmen, dessen Stärke sonst die Schilderung glänzender Feste, aber nicht die Kritik ist. Er schreibt:

„Ein Ereigniß hat heute seine finsternen Schatten über den heiteren Glanz der Krönungszeit geworfen, das — so müßte jeder natürliche Mensch annehmen — die Fortsetzung der Festlichkeiten, die Ausführung des ganzen Programms der noch folgenden Moskauer Kaiserfeier unmöglich machen, alle die farbigen Banner und Dekorationen mit Trauerfloren umhüllen lassen und alle Herzen in Jammer und Gram versenken müßte. Aber es ist natürlich an eine derartige Einstellung der Hofbälle und Banketts um dieser Katastrophe willen nicht zu denken. Als neulich ein österreichischer Erzherzog starb, wurde das angelegte Ballfest auf der österreichischen Botschaft abgebrochen, und daß es geschehen mußte, galt bei der ganzen vornehmen Gesellschaft als selbstverständlich. Seit heute Morgen führen die Wagen der Sanitätsbehörden und der Feuerwehre unausgesetzt die schaudervollen Leichen der blutrünstigen Leichen Erschlagener, Ersticker, Bertretener, Zerstampfter, zerrissener Weiber, Männer und Kinder mit den gleich Spähnen zerknickten Gliedern, die man aus der Verhüllung über die Wagenräder herabhängen und neben den Rädern schlenkern sieht, vom Chodynskifelde, auf dem noch immer Haufen von ebenio Zugerichteten liegen, zur Stadt herein. Aber die Gesellschaft und der Hof tanzen und bankettiren heute Abend darum sicher nicht weniger entzückt, bei dem ihnen bereiteten Zauberkunststücken beim französischen Krönungsgeandten. Die draußen Erdrückten und Bertretenen dreizehn- bis fünfzehnhundert Unglücklichen (es sind 2700, die Red.) sind ja nur armes Lumpensindel, die Geringsten des Volkes, die von der Erwartung der bescheidensten Freuden eines auch einmal für sie, für alle kleinen und kleinsten Leute, die von der Noth und Last des sonnenlosen Daseins münd gedrückt, geschunden und zermürbten Existenzen, veranstalteten Festes hinausgetrieben wurden und statt dessen den qual- und schaudervollsten Tod fanden, hat doch auch ihren vor letzteren glücklich gewahrt gebliebenen Genossen das Schicksal dieser Opfer die Lust an dem Fest kaum für eine Stunde zu verderben vermocht, sie tanzen und singen hundert Schritt von den Leichenhaufen.“

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volksboten“.)

Berlin, 6. Juni.

Aus dem Reichstage. Das Börsengesetz ist heute nach vierstündiger Verathung endgiltig auch in der Gesamtabstimmung angenommen worden. Ueber Genosse Singer kam noch einmal auf den Fall Bloß zurück und fertigte den bekannten Antisemitenhauptidee Liebermann v. Sonnenberg, der einem Geheiß der Berliner Volksversammlung folgend, eine rechte und natürlich schlechte jüdenhässliche Rede gehalten hatte, gründlich ab. Herr v. Bloß hatte es nach seiner gestrigen Blamage vorgezogen, dem SitzungsSaale fern zu bleiben und seine Vertheidigung dem Bismarck-Sahn überlassen. Ueber die allgeringfügigsten Gemeinplätze kann dieser Herr aber nicht hinaus und Herr v. Bloß wird, wenn er morgen diese Vertheidigungsrede lesen wird, ausrufen: Gott, beschütze mich vor meinen Freunden.

Die Spezialdebatte wickelte sich überaus schnell ab. Diskutirt wurde nur beim § 50, der das Verbot des Getreideterminhandels enthält. Eine längere Debatte knüpfte sich auch noch an einen Antrag Arnim, der verhindern wollte, daß Deutsche Börsentermingeschäfte in Getreide im Auslande machen. Der Antrag wurde aber abgelehnt, nachdem sich der agrarische Antragsteller und der gar nicht agrarische Reichsbankpräsident Koch noch einige Liebenswürdigkeiten gesagt hatten. Der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes wurde auf den 1. Jan. 1897 festgesetzt. Obwohl es nach Erledigung des Börsengesetzes schon dreiviertel sechs Uhr war und die elektrischen Lampen streikten, wurde in beinahe völliger

Dunkelheit noch bis gegen einhalb sieben Uhr weiter gearbeitet und der deutsch-japanische Handelsvertrag in der Lesung erledigt.

98. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Am Bundesrathstisch: von Bütticher, Freiherr v. Marshall, der Reichskanzler u.

Die dritte Lesung des Börsengesetzes wird fortgesetzt. Zwar wird die gestern abgebrochene Generaldiskussion wieder aufgenommen.

Graf Kanitz (R): Herr Frese hat gestern der Landwirtschaft in Folge des Verbots des Terminushandels erhebliche Schädigung vorausgesagt, Herr Singer hingegen hat eine erhebliche Getreidepreiskreterung prophezeit. Wer wird nun Recht haben? (Weiter: Ich glaube, Beide haben Unrecht, es wird keine Verbilligung des Getreides, aber auch keine irgendwie erhebliche Preissteigerung eintreten. Das Verbot des Getreideterminhandels wird eine sehr reiche Wirkung üben. Herr Frese sagte, der Handelsstand sei durch das Gesetz empfindlich beleidigt worden. Ich sage, wir befinden uns in völliger Uebereinstimmung mit der weitaus großen Mehrheit der deutschen Getreidehändler und nicht etwa bloß der großen, sondern auch der kleinen Getreidehändler. Interesse an dem Fortbestand des Terminushandels haben nur die Händler, die an der Berliner Börse betheiligte sind (sehr gut, recht); im Westen und im Süden hat Niemand ein Interesse daran. Redner geht hierauf auf die von ihm eingebrachte Resolution ein, die die Einsetzung von Regirungskommissionen für die zum Abschluß gedrohten Getreidegeschäfte verlangt, und empfiehlt sie der Regierung zur Berücksichtigung.

Liebermann von Sonnenberg erklärt Namens seiner Partei die Zustimmung zu dem Gesetze; er hofft, daß in der dritten Lesung noch einige Verbesserungen hincingebracht werden. Er sich bemüht, daß die Börse nicht ausrottbar sei, nur die Wucherer an dem Baume müßten abgeschnitten werden. Er verkennt nicht die Bedeutung des Handels; der Handel müßte aber immer der Diener der Produktion bleiben, sich nicht zum Herrn der Produktion aufschwingen. Das Termingeschäft habe einen wucherischen Charakter. Man gebe sich im Volke nun keineswegs der Hoffnung hin, daß nun auf einmal Alles besser werden würde. Zunächst würde man mit der Nachsicht der Börse zu rechnen haben; es würde aber nur eine Uebergangszeit sein. Ebenso wie den Getreideterminhandel verurtheile er den Effekterterminhandel; daß auf dieser nicht verboten sei, bebauere er, denn die Verleitung zu Börsenspielen sei ungemein groß. Bei der Auswahl der Börsenkommissare möge man nicht auf Geheimräthlichkeit, sondern auf praktische Befähigung das Hauptaugenmerk richten. Redner polemisiert gegen den Abg. Fischbeck, der seine Thätigkeit in der Kommission bemängelt habe. Herr Fischbeck habe mit vielem Redeschicksal erreicht, er habe seine künftigen Erwartungen trotz der Zurückhaltung übertroffen gefunden. Denn so sanguinisch sei er nicht, daß er im jetzigen Reichstage schon die letzten Ziele der antisemitischen Partei verwirklicht zu sehen glaube. Es wäre leicht gewesen, antisemitische Reden zu halten, denn bei der Börse gelte das Wort: „Wohin Ihr padt, Ihr werdet Juden packen“. Die antisemitische Partei habe große Erfolge erzielt; sie habe es auf dem Wege gebracht, daß Zentrum und Nationalliberale der Volkströmung nachgegeben haben. Er glaube nicht, daß antisemitische Herren nun Antisemiten geworden seien; er spreche nur von dem latenten Antisemitismus, der in der Brust jedes agrarischen Mannes lebe. (Große Heiterkeit.) Bezeichnend ist wieder die Haltung der Sozialdemokratie. Sie zeigt den Januskopf! Für den ersten Entwurf hatte sie gestimmt, der war ungeschicklich. Sowie aber nur einige wirksamere Bestimmungen hincinkommen, sagte die Sozialdemokratie: Nein. Die Sozialdemokratie will sich die goldenen Quellen der Börse nicht verklopfen. Gerade die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie ist die beste Empfehlung für das Börsengesetz.

Singer (SD): Ich gönne den Nationalliberalen, von einem Herrn Liebermann gelobt zu werden. Ich erkläre dem Redner noch einmal, nur das Verbot des Terminushandels zwingt uns, gegen das Gesetz zu stimmen. Wenn Graf v. Kanitz unfer Motive loyal und ritterlich bekämpft hat, so wäre das von einem Herrn Liebermann nicht zu verlangen. Dieser Herr schiebt um andere Motive unter und sagt, wir wollen uns die goldenen Quellen der Börse nicht verklopfen. Wie würde es Herrn Liebermann gefallen, wenn ich hier sagen wollte: Rudolf Herzog hat für eine gewissen Herrn die Schulden gezahlt, damit er weiter antisemitisch Agitation treiben könne (Heiterkeit). Zu der Zeit, wo wir für das Gesetz eingetreten sind, war vom Verbot des Getreideterminhandels nicht die Rede, unsere Haltung ist durchaus konsequent, und wenn Herr Liebermann ehrlich sein wollte, dürfte er uns nicht einer Ironie zeihen. Wir fürchten die öffentliche Meinung nicht (Doch! recht). Nein, wir haben das nicht nötig. Vergleiche Sie doch unsere Zeit mit den antisemitischen. Wir haben unter uns keine Zuchthäuser, keine Meimeidigen. Wir können vor der öffentlichen Meinung bestehen. Man muß solche Dinge hier ausprechen, weil das Verhalten der Antisemiten sich hier im Hause zu Gewohnheiten auswächst, die es nothwendig machen, daß man entweder mit dem Dreifüßel dreinschlägt oder das Schweigen der Verachtung beobachtet.

Vizepräsident Schmidt bittet den Redner, sich in Bezug auf Mitglieder des Hauses etwas maßvoller auszudrücken.

Singer (fortfahrend): Ich muß noch einmal auf den Fall Bloß zurückkommen. Ich habe ihn zur Sprache gebracht nur zu dem Zwecke, um nachzuweisen, wie wenig berechtigt die fittliche Entrüstung ist, welche die Herren Agrarier über die Börse zu Schau tragen. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Herr v. Bloß hat gestern eine rechte Gelegenheitsrede gehalten; das war wohl der allgemeine Eindruck. In der „Deutschen Tageszeitung“ läßt er sich aber beschwingen, daß er sich vollständig gerechtfertigt habe. Ich gratulire ihm zu seiner Bescheidenheit. (Heiterkeit.) Ich folge der Stellung von Ausschichtsräthen hier nur erwähnt haben, um den Herren einen Matel anzuhelfen. Ja, wenn die Herren die Stellung eines Ausschichtsraths selbst nicht für einen Matel halten, dann dürfen sie sie doch auch nicht Anderen zum Vorwurf machen. Herr v. Bloß scheint einen Unterschied zwischen den Ausschichtsräthen auf der rechten und der linken Seite des Hauses zu machen. So viel steht doch fest, daß die Ausschichtsräthe Summen erhalten, die mit ihrer Arbeitsleistung in keinem Verhältnis stehen. Herr v. Bloß will nur ganz kleine Geschäfte an der Börse gemacht haben. Diese Entschuldigung erinnert mich an eine englische Novelle, wo eine Amme mit einer frommen, vornehmer und hochmoralischen Dame zusammenkommt. Die Dame fragt die Amme nach ihrem Mann, und als diese bekundet sie habe keinen Mann, weiß die Frau entrüstet auf das Kind hin. Die Amme bekämpft das Vorhandensein des Kindes, sagt aber nicht schuldigend hinzu: „es ist aber nur ein ganz kleines.“ (Heiterkeit.) So klein sind übrigens die Spekulationen des Herrn von Bloß nicht gewesen; eines seiner Geschäfte betrug 500 Tonnen das sind 10,000 Zentner, und die kleineren Geschäfte übersteigen auch das Minimum, das an der Börse gehandelt werden darf. Bei einem Geschäft von 500 Tonnen kann man übrigens 50 bis 60,000 Mark verlieren; ein anderer Agrarier, den ich nicht nennen will, hat bei einem Geschäft von 800 Tonnen 60,000 Mark verloren, verloren kann ich eigentlich nicht sagen, denn der Betroffene hat die Differenz nicht bezahlt. (Große Heiterkeit.) Die Vertheidigung des Herrn von Bloß ist um so bezeichnender, als er diese Geschäfte zu einer Zeit gemacht hat, als er schon Präsident des Bundes der Landwirthe war. Es ist das eine Handlung, die nicht besser zu charakterisieren ist, als wenn man Worte und Handlungen gegenüberstellt. Schließlich ist Herr von Bloß sentimental geworden und hat gesagt, es sei nicht schön und ihm nicht ange

hm, wenn solche Dinge hier im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Es ist nun nicht meine Mission, der Rechten Annehmlichkeiten zu bereiten. So stehen wir nicht mit einander. (Große Lächerlichkeit.) Wenn aber Herr v. Bly Gleiches mit Gleichem verhalten will, so wird ihm das nicht gelingen. Ich bin mir keiner Andeutung bewußt, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. So heraus mit Ihrem Fleberwisch, Herr v. Bly. Es ist wirklich ein hartes Stück, hier den Empfindlichen zu spielen, wo wir andererseits grade von den Herren auf der Rechten auf das Herdrückteste verleumdet werden. Wir sollen unsere Gegner hängen, die uns am liebsten mit Galgen und Strick bedrohen? Die uns am liebsten außer Landes vertreiben wollen, damit sie uns mahnende Gewissen, das die Sozialdemokratie darstellt, nicht sehr hören? Wir informieren uns genau, ehe wir eine Behauptung aufstellen und können die Wahrheit jederzeit beweisen. Herr v. Bly hat das unverschämte und gemeine Lügen genannt, was ich hier vorgebracht habe, umsonst hätte ich die Pflicht, hier zu beweisen, daß Herr v. Bly an der Börse anders handelt, als er in der Presse schreibt und im Reichstage spricht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und links.)

Dr. Hahn (Wid. Konv.): Herr Singer hat sich selbst gelobt, hatte aber kein Recht dazu, denn seine Art, die Debatte zu führen, verdient das Lob nicht. Der Abg. Bly bestreitet nicht, einzelne Börsengeschäfte gemacht zu haben. Der Bund der Landwirthe hat dagegen auch gar nicht Front gemacht, er hat nur die Insubordination der Dulsider durch die Wissenden bekämpft. Da man man auch Zemaunden den Vorwurf machen, daß er einmal stat gespielt hat, nicht um einen Viertel Pfennig, sondern um einen Pfennig. (Lachen links.) Herr Singer hat aber Herrn Bly als linden Spieler hingestellt, was durchaus nicht der Fall ist. Jedemfalls liegt hier nichts vor, was Herrn von Bly mit seiner politischen Stellungnahme in Gegensatz bringen könnte, Herr Singer an die Börse einen Sumpfboden genannt; bei einem Sumpfboden sieht man Kanäle zur Entwässerung und dies wollen wir hier mit dem Börsengesetz thun.

Dr. Barth (F. B.): Nach der Rede des Herrn Hahn hat Herr v. Bly die Wahl, ob er sich als verführtes Opfer von Börsenleuten betrachten will, oder als einen Mann, der wenigstens mit einigem Bewußtsein von Dem, was er gethan, gehandelt. Herr Liebermann hat Recht; antisemitischer Geist steckt in dem Börsengesetz, antisemitischer und agrarischer Geist. Der Bund der Landwirthe und der Antisemitismus sind in letzter Linie für das Gesetz verantwortlich. Medner bekämpft noch einmal das Verbot des Terminhandels und polemisiert gegen den Grafen Arnim. Er behauptet, daß die Regierung nicht das Wort nehme. Sie halte ja das Verbot des Terminhandels für einen Schwabenstreich, wolle es aber ablehnen. Besser wäre es freilich, sie wählte das Verbot des Terminhandels zur Handhabe, das ganze Gesetz fallen zu lassen.

Nachdem noch Liebermann von Sonnenberg in einer Erwiderung auf die Worte des Abgeordneten Singer zugegeben hatte, daß Rudolph Herzog für ihn die Schulden bezahlt hat und den Abg. Singer gebeten hatte, sich mit dem Dreifachregel in der Hand photographiren zu lassen, wird die Generaldiskussion geschlossen.

Zu der Spezialdiskussion werden die §§ 1-37 ohne Debatte angenommen, ebenso die §§ 38-49 ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen zweiter Lesung.

§ 50 spricht dem Bundesrath die Befugniß zu, den Börsen-terminhandel von Bedingungen abhängig zu machen und enthält das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide.

Graf Schwerin-Bülow (R.): Ich habe selbst früher Termingeschäfte in Getreide gemacht und ich könnte mich auf den gleichen Standpunkt stellen, wie gestern Herr v. Bly. Ich könnte sagen, ich habe zwar selbst einmal spekulirt, aber das hindert mich nicht, den Terminhandel jetzt für verderblich zu halten. Ich muß mich dahin aussprechen, daß der Terminhandel zu Ausbreitungen geführt hat, die mich hindern, jetzt und für die Zukunft ähnliche Geschäfte wieder zu machen.

Graf v. Arnim (R.) beantragt folgenden Zusatz: Wenn börsenmäßige Termingeschäfte, die auf Grund dieses Gesetzes verboten, im Auslande abgeschlossen sind, so sind Rechtsansprüche aus diesen Geschäften unlagbar und findet eine Zwangs-vollstreckung aus Urtheilen ausländischer Gerichte, welche solche Geschäfte nicht betreffen, nicht statt. Etwa schon Geleistetes kann zurückgefordert werden.

Reichsbankpräsident Koch hält den Antrag des Grafen Arnim für wirkungslos und bittet um Ablehnung desselben.

Dr. Passche (R.) erludt die Regierung, sich recht bald über den Antrag der sächsischen Regierung, das Verbot des Terminhandels in Kammszug betreffend, schlußig zu machen. Zu der Voraussetzung, daß dieses Verbot bald nachfolgt, haben seine Parteifreunde davon Abstand genommen, einen besonderen dahingehenden Antrag zu stellen.

Gamp (R.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners an. Für das Verbot des Terminhandels in Kammszug werde noch eine größere Majorität im Reichstage vorhanden sein, als für das Verbot des Getreideterminhandels.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall hält den Antrag des Grafen v. Arnim für unausführbar, weil nach den Bestimmungen der deutschen Zivilprozeßordnung ausländische Urtheile, auch wenn sie auf im Inlande verbotenen Differenzgeschäften beruhen, vollstreckt werden müssen.

Graf zu Solberg (R.) hält den Antrag des Grafen Arnim für unbedenklich. Er fragt an, welchen Staaten gegenüber wir durch Reziprozitätsbestimmungen verpflichtet seien.

Dr. Barth (F. B.) spricht sich gegen den Antrag Graf Arnim und gegen das Verbot des Terminhandels in Kammszug direkt aus.

Reichsbankpräsident Koch ist der Meinung, daß der Antrag Graf Arnim auch legitime Geschäfte im Auslande zu hindern geeignet sei. Die Gefahr, daß sich im Auslande eine förmliche Börse für das im Inlande verbotene Termingeschäft etablieren werde, liege durchaus nicht vor. Er bitte nochmals, den Antrag abzulehnen.

Schmidt-Warburg (Z.) hält den Antrag Graf Arnim für eine wirksame Waffe gegen eine Umgebung des Gesetzes. Nur bezüglich der Zwangsvollstreckung habe der Freiherr von Marschall ganz Recht.

Die Antragsteller beantragen jetzt vor das Wort „unlagbar“ die Worte „soweit nicht Staatsverträge entgegen stehen“ einzufügen.

Graf von Arnim (R.) hält es nicht für verwunderlich, daß Herr Koch die Bedeutung seines Antrages so viel wie möglich abzuschwächen suche, aber die Regierung könne sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, wir nehmen zwar das Gesetz an, lehnen aber die Verantwortung dafür ab. Werde der Antrag nicht angenommen, so werde der Umgehung des Gesetzes Thür und Thor geöffnet.

Die Diskussion wird geschlossen. Die Abstimmung über den Antrag des Grafen Arnim ergibt die Ablehnung des Antrages. Dagegen stimmen der größte Theil des Zentrums, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten.

§ 50 wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Die §§ 51-81 werden debattelos angenommen.

Im § 82 ist der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes offen gelassen. Graf Arnim (R.) beantragt, § 82 hinzuzufügen:

Der Abschluß von börsenmäßigen Termingeschäften ist nur bis zum 1. Januar 1897 gestattet mit der Maßgabe, daß die bis zu diesem Tage abgeschlossenen Geschäfte auch bis zu diesem Tage abgewickelt sein müssen.

Gamp (R.) beantragt: Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1897 in Kraft.

Die beiden Anträge werden angenommen, ebenso die Resolutionen, die sich auf das Verbot des Terminhandels von Kammszug und auf die zur Einführung gelangenden Wertpapiere beziehen.

Der Präsident fragt nun, ob sich ein Widerspruch gegen die Vornahme der Gesamtabstimmung im Hause geltend mache.

Es erhebt sich kein Widerspruch und das Börsengesetz wird in dritter Lesung in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Gruppen angenommen.

Obwohl es bereits 6 Uhr ist, tritt das Haus noch in die erste Verathung des Handelsvertrages mit Japan ein.

Münch-Ferber (R.) ist zwar grundsätzlich mit dem Handelsvertrage einverstanden, hat aber Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages. Vor Allem müsse das Recht der japanischen Wägen, fremdländische Industrieerzeugnisse zu konsumiren, beschränkt werden, und er frage die Regierung, ob sie Schritte nach dieser Richtung unternehmen wolle.

Staatssekretär Freiherr von Marschall erwidert, daß die japanische Regierung es nie habe an Entgegenkommen fehlen lassen; mehr Zugeständnisse seien aber nicht zu erreichen gewesen.

Die Debatte wird darauf geschlossen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Zweite Verathung des Handelsvertrages mit Japan, dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Lübeck und Nachbargebiete.

8 Juni.

Das Reichsgericht hat am Sonnabend die Revision des Genossen Friedrich (in Sachen Plathbeleidigung) verworfen. Das Urtheil der Hoppenstedt-Kammer hat dadurch Rechtskraft erlangt; jeder weitere Weg ist ausgeschlossen. Das Reichsgericht erblickte in der Entscheidung des hiesigen Landgerichts „keinen Rechtsirrtum“, wie der stereotype Ausdruck lautet. Das Höchstgericht stellte sich damit voll und ganz auf den Standpunkt der Hoppenstedt-Kammer. Es müsse eben angenommen werden, (bewiesen ist es nicht und konnte es auch nicht werden), daß der Angeklagte wie er es stets thue, eines der ersten fertigen Exemplare der fraglichen Nummer vor der Verbreitung durchgesehen habe. Wenn er dann die Verbreitung nicht gehindert hat, so müsse „angenommen“ werden, daß er sie gewollt habe und deshalb gethe als Thäter, da nach einem Plenarbeschlusse des Reichsgerichts zur Thäterchaft nicht nur die Vorbereitung zum Druck, sondern auch die Verbreitung gehöre! — Es ist doch etwas herrliches um die ganze deutsche Rechtsprechung! Der Angeklagte ist zur Hauptsache „unschuldig wie ein Waisenknaabe“, aber es thut nichts: es wird „angenommen“ und — der Jude wird verbrannt. Wie sagte doch der preussische Justizminister? Klang es nicht wie: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe? Nun, wir Sozialdemokraten regen uns deshalb über solche Urtheile wie obiges gar nicht mehr auf. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Vinde, welche die Göttin Justitia vor Augen trägt, schon sehr fadenförmig ist. Als Politiker können uns solche Urtheile nur sehr ange-nehm sein.

Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, das bekanntlich am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, wird im letzten Amtsblatte veröffentlicht. Wir werden das Gesetz im Laufe dieser Tage zum Ausdruck bringen.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet Montag den 15. Juni, Vorm. 10 Uhr, statt.

Aus den öffentlichen Badeanstalten. Die Anstalt bei der Alexanderstraße in der Vorstadt St. Gertrud ist geöffnet an den Wochentagen: von 6 bis 8 Uhr Morgens, von 11 bis 1 Uhr Mittags und von 4 Uhr Nachmittags bis Sonnenuntergang, an Sonn- und Festtagen: von Morgens 6 bis 8 Uhr und von 11 bis 1 Uhr Mittags. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf Weiteres vom Polizeiamt dem R. F. W. Schröder übertragen. — Die Anstalt am Finkenberge ist offen an Werktagen von 7 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachm. und von 7 Uhr Nachmittags bis 9 Uhr Abends, bezw. bis Sonnenuntergang, an Sonn- und Festtagen von 8 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags. Das Baden, für welches der Gebrauch von Badehofen vorgeschrieben ist, ist unentgeltlich. Knaben werden zum Baden daselbst nur dann zugelassen, wenn sie des Schwimmens kundig sind oder am Schwimmunterricht theilnehmen. Der Schwimmunterricht wird auf Verlangen durch das Seitens des hiesigen Infanterie-Bataillons zur Verfügung gestellte Schwimmlehrerpersonal erteilt werden. Für diesen Unterricht ist bei der Anmeldung dem bestellten Oberaufseher im Voraus gegen Quittung eine Vergütung von drei Mark zu entrichten. Die Aufsicht über die Anstalt, deren Besucher und das Schwimmlehrerpersonal ist bis auf Weiteres dem Premier-Lieutenant König übertragen worden.

Handelsregister. Am 5. Juni 1896 ist eingetragen: auf Blatt 1532 bei der Firma „Ferd. Rahser“: Prokurist: R. F. Conradi in Lübeck; auf Blatt 1717 bei der Firma „Wilhelm Scharlemann“: Die Firma ist erloschen.

Das Gewicht der Doppelbriefe. Im Publikum ist man häufig im Zweifel, ob ein Brief, der gerade 15 Kramm wiegt, noch einfaches oder schon doppeltes Porto zahlen muß. Eine neue Verfügung des Reichspostamtes macht diesem Zweifel ein Ende, indem es bestimmt, daß bei einem Briefe überschießende Gewichtstheile von weniger als einem halben Gramm nicht berechnet werden. Es kann also ein einfacher Brief bis zu 15 1/2 Gramm wiegen.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, am Mittwoch, den 10. Juni, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: 1. das Testament des hierelbst am 30. April 1896 verstorbenen Maler-

meisters C. Fr. S. Felsmann; 2. das Testament des hierelbst am 17. April 1896 verstorbenen Brodtrügers J. S. E. Schmah; 3. das Testament des hierelbst am 29. Mai 1896 verstorbenen Privatmanns J. S. Th. Jäger.

Zum Hilfsrichter beim hiesigen Landgericht ist für die Zeit vom 9. Juni bis zum 15. September d. J. der Gerichtsassessor Schrader ernannt worden.

Der vor kurzer Zeit angekündigte Auslass der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Ewers u. Co. hat thatsächlich Sonnabend, den 6. Juni stattgefunden. Uns wird darüber von untheiliger Seite folgendes geschrieben: Das Gratis-Geschenk, welches den Arbeitern und Arbeiterinnen von ihren Arbeitgebern freundlichst zugedacht war, ist ihnen am Sonnabend doch überreicht worden. Obwohl von verschiedenen Arbeitern diese Gabe dankend abgelehnt war, so hat es die Fabrikleitung dennoch zu Wege gebracht, auch dem Wieder-spensligsten dieselbe aufzuzwingen. Mit der ganzen zu Gebote stehenden Uebereidungskunst, auch mit dem Hindurchblickenlassen, daß es doch besser wäre, mitzutun, hat man sämtliche Arbeiter von der Zweckmäßigkeit eines solchen Festes „überzeugt“. Selbst die Böcke unter den geduldrigen Schafen verherrlichten durch ihre Anwesenheit das Fest der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Ganz besondere Verdienste, dieses gute Einvernehmen auch richtig zum Austrag zu bringen, hat sich unbedingd der leitende Ingenieur S. erworben. Wenn der gute Herr sich wieder veranlaßt fühlen sollte, seine Neugierde, wer es dann nur immer ist, der über diese doch so schönen Feste in diesem Blatte herzieht, zu befriedigen, so kann er ja wieder den Kassirer der Krankenkasse befragen. Die Auskunft wird dann wohl dieselbe sein wie über den in einer früheren Nummer d. Bl. geschriebenen Auffas. Der Kassirer, wird ihm auch dann wiederum nur sagen können, daß er den Artikelschreiber nicht kenne, auch wohl glaube, daß es von den betreffenden Arbeitern niemand gewesen sei. Von dem Ausflug selbst ist zu berichten, daß er im großartigsten Stil veranstaltet war. Ein Extrazug brachte die Festheilnehmer nach dem Bergschen Vokal in Schwartau. Bogenschießen, Kegelschießen, Topfschlagenebst „Keilerei und Tanzvergnügen“ vervollständigte die schöne Feier. Das sonst übliche Freibier ließ für manche durstige Kehle recht lange auf sich warten, denn um 10 Uhr wurde erst das Erste vertheilt und dann auch nicht in dem Maße wie es sich vielleicht Mancher ausgemalt hatte. Ein Extrazug brachte um 1/2 Uhr die Arbeiter nach Lübeck zurück. Man sieht also die Firma hat keine Kosten gescheut, um „ihren“ Arbeitern einige angenehme Stunden zu bereiten und wie mancher Arbeiter wird wohl mit einem Lob für seine „humanen Arbeitgeber“ in den Schlaf versunken sein. Wir wünschen nur, daß, wie es bei solchen Festen immer ist, der Kagenjammer nicht zu groß wird. Zu guterletzt wollen wir noch hoffen, daß die Firma es nicht unterläßt, bei der nächsten Lohnzahlung den Arbeitern die ausgefallene Zeit zu vergüten, andernfalls sollten die Arbeiter die Hilfe des Gewerbegerichts in Anspruch nehmen. Rechtlich ist die Firma Ewers u. Co. verpflichtet, den Arbeitern den ausgefallenen Lohn zu zahlen.

Im Tivoli gab es gestern ein äußerst volles Haus, das mit Aufmerksamkeit und Vergnügen der Darbietungen bewohnte. In der etwas wässrigen Suppe'schen Operette „Flotte Bursche“ erzielt Frh. Berend mit seinem Hieronymus Geier einen starken nachhaltigen Erfolg. Seine Leistung war aber auch in jeder Beziehung prächtig, und „das ist nicht verblüffend.“ Auch sonst klappte alles. Zum Schluß gab es „Fernand's Ehekontrakt“, der natürlich wieder Stürme des Beifalls entfesselte. Jedenfalls dürfte sich der Schwant noch längere Zeit auf dem Repertoire der Tivolibühne erhalten. — Im Anschluß hieran wollen wir gleich mittheilen, daß die Leitung des Tivoli-Theaters mit dem gestrigen Tage in andere Hände übergegangen ist. Die Vorstellungen nehmen ungestört ihren Fortgang. Wir wollen nur wünschen, daß die vielen Sympathien, deren sich das Theater bisher in dieser Saison zu erfreuen hatte, auch in Zukunft der Bühne gewährt bleiben. Die Bühne verfügt ja auch über genügend Operetten- und Lustspielkräfte, an die Niemand „tippen“ kann.

Bei dem heftigen Gewitter, welches am Freitag Nachmittags hier herrschte, schlug ein Blitz in das Haus Mönkhofweg No. 24 ohne zu zünden; derselbe richtete jedoch arge Vermüstungen an dem Hause an. Ein Mädchen, welches bei jenem Hause Schutz suchen wollte, wurde durch herabfallende Ziegel anscheinend schwer verletzt und mußte seine Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen. Zwei Gärtnerburschen, welche sich im Innern des Gebäudes befanden, wurden von dem Blitz betäubt und zu Boden geworfen. Sie erholten sich aber wieder und befinden sich vollständig wohl.

Vom Blitz erschlagen wurde Sonnabend Nachmittags die Wittwe Klüßmann, welche aus Lübeck über Wesloe heimkehrte und während des Gewitters und starkem Regen unter einer am Wege stehenden hohen Pappel in der Nähe des neuangelegten Gottesackers Schutz gesucht hatte. Hier ereilte sie das Schicksal. Bemerkenswerth ist noch, — wie das Amtsblatt mittheilt — daß 2-3 Minuten vorher der Nachbar der Frau Klüßmann aus dem Felde mit dem Fuhrwerk heimkehrend ihr zurief, sie könnte mit nach Hause fahren, was dieselbe, unter der Pappel sitzend, ablehnte. Daß der Blitz ein sehr starker war, beweist der Umstand, daß die Pappel von oben bis ca. 3 Meter über der Erde fast ganz zerplittert ist. Drei in der Nähe befindliche Pappeln sind ebenfalls vom Blitz beschädigt. Meterlange Splinter liegen ca. 30 Meter ent-

fernt liberal umher, jedoch scheinen die 10-12 zwischen den Pappeln durchführenden Telephondrähte und die ganz in der Nähe stehende Stange keinen Schaden genommen zu haben.

**Ein Unglücksfall** ereignete sich, wie man dem hiesigen „S.-M.“ meldet, in einem größeren Hause Lübeck. Das Kindermädchen hatte nach dem Verlassen zur zweiten Etage das Unglück, beim Betreten der hinunterführenden Treppe zu stolpern. Das Mädchen ergriff mit der linken Hand das Geländer und schleuderte im Vornüberfallen das auf dem rechten Arm sitzende Kind in weitem Bogen durch den Lichtofen hinunter bis auf die unteren Stufen der zur ersten Etage führenden Treppe. Das Kind erlitt einen schweren Schädelbruch, jedoch ist Hoffnung vorhanden, daß es noch mit dem Leben davon kommt. Dieser Vorfall zeigt wieder, daß man bei der Anlage von Treppen betriffs der Sicherheitsmaßregeln nicht vorsichtig genug sein kann. So ist es z. B. sehr rathsam, die Treppen oben mit einem Schutzgitter oder Stange zu versehen, auch sollte an der Wandseite das Geländer nie fehlen. Beides ist aber leider in vielen Häusern noch der Fall.

**Eigentumsvergehen.** Mittels Nachschlüssels entwendete ein Dienstmädchen seiner Herrin ein Behnmarkstück aus einem verschlossenen Schreibpulte.

**Gewerbegericht.** Sitzung vom 5. Juni. Auf Zahlung von 11 Mark Entschädigung klagt der Lithograph Wienhardt gegen die Fim Eberk u. Comp. Kläger war am 19. Mai bei dem Beklagten gegen einen Wochenlohn von 25 Mark eingestellt und wurde am 28. Mai ohne Kündigung entlassen. Da Kläger durch diese plötzliche Entlassung 3 Tage außer Arbeit war, so verlangte er für diese Tage genannte Entschädigung. Es wurde dem Kläger nachgewiesen, daß nach der Fabrikordnung, welche er auch durch eigenhändige Unterschrift anerkannt hat, keine Kündigung stattfindet. Nach längerer Verhandlung nahm Kläger ohne vorherige richterliche Entscheidung die Klage zurück. — Wegen Zahlung von 14 Tage rückständigem Lohne im Betrage von 10 Mk. klagte der Schmiedegeselle Oberschmidt gegen den Schmiedemeister Beth. Kläger gab an, 7 Wochen bei dem Beklagten gegen einen Wochenlohn von 5 Mark beschäftigt gewesen zu sein. Am 1. Juni habe er seine Stelle verlassen, weil ihm, als er seinen rückständigen Lohn gefordert habe, vom Meister das Haus verwiesen worden sei. Der Meister führte an, er habe nur den Lohn einbehalten, weil ihm bange gewesen wäre, wenn er dem Gesellen sein Geld gebe, rüchte er ihm aus. Daß der Geselle sich auf keine Einigung einließ, sondern seinen verdienten Lohn verlangte, so zahlte Beklagter dem Kläger die ihm zustehenden 10 Mark, abzüglich 1 Mark Vorschuß und 1,40 Mark an Kranken und Invaliditätsbeiträgen. — Der Maschinenbauer und Repräsentant Pirringer klagte gegen den Radfahrerfabrikanten Heitmann von hier auf Zahlung eines monatlichen Gehaltes von 120 Mark resp. Wieder-Einstellung in die Arbeit. Kläger gab an, daß er vom 1. März d. J. ab, bei dem Beklagten in Arbeit gefunden habe und kontraktgemäß am 30. Mai d. J. zum 1. Juli d. J. gekündigt sei. Am 1. Juni sei er nun Morgens

in der Werkstatt unwohl geworden und nach Hause gegangen. Anderen Tages, als er wieder zur Arbeit gekommen, hätte man ihm gesagt, er wäre entlassen. Es wurde gütlicher Vergleich vorgeschlagen und einigten sich die Parteien dahin, daß Beklagter dem Kläger 30 Mark zahlt.

**Odesse.** Vergiftung. Am Mittwoch Nachmittag verstarb hier plötzlich an den Folgen einer Vergiftung, die noch der näheren Aufklärung bedarf, ein hier erst seit einigen Tagen bediensteter Kellner aus Harburg, der noch am Vormittage gesund und munter bei dem Schützenfrühstück auf der Badeanstalt die Gäste bedient hatte. Die Eltern wurden von diesem Trauerfall sofort durch ein Telegramm benachrichtigt.

**Hamburg.** Der Senat der Stadt Hamburg kann sich der von einem ganz kleinen Theil der Bürgerschaft gewünschten Errichtung einer Kammer für Landwirtschaft nicht zustimmend erklären. In der Verfassungs- und Verwaltungs-Reformfrage wird es nunmehr zur verfassungsmäßigen Niederlegung einer Vermittelungskommission von drei Senats- und sechs Bürgerchaftsmitgliedern kommen, da der Senat von der Einsetzung einer Deputation für Eisenbahn- und Verkehrsweisen nichts wissen will, die Bürgerschaft in ihrer großen Mehrheit aber eine solche wünscht.

**Bremen.** Eine unerwartete Einnahme hatte der bremische Staat in diesen Tagen. Bei Vertheilung der französischen Kriegsschadigung von 5 Milliarden war ein Rest verblieben, welcher in diesen Tagen zur Auszahlung gelangte. Der auf Bremen entfallende Antheil, welcher bei der Generalkasse zur Einzahlung gelangte, betrug neun Pfennige, die ganze zur Vertheilung stehende Summe circa 55 Mark. Wie viel Dinte mag wegen dieser 9 Pfg. geflossen sein?

In Bremen hat eine Vereinigung Bremer Getreidehändler das Verbot des börsenmäßigen Getreide-Handels mit Freuden begrüßt, was natürlich von den Agrariern mit großem Tamtam aller Welt verkündet wird. Jetzt hat man nun festgestellt, daß es sich nur um einen Zirkel reicher Bremischer Getreidehändler handelt, welche hoffen, nach Erlaß dieses Verbots zur Ausbeutung von Produzenten und Konsumenten um so leichter einen Ring bilden zu können.

**Neueste Nachrichten.**

**Neu-Nappin.** Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 2. d. Mts. im Reichstagswahlkreise Nappin-Templin stattgehabten Stichwahl von 18 457 abgegebenen

Stimmen Lessing (fr. Sp.) 9764 und v. Arnim 8648 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

**Bremen.** In Barrien bei Sylte schlug der Sturm die Kirche während der Abendmahlsfeier. Zwei Personen wurden getödtet und acht verwundet.

**Ausbach.** 6. Juni. Bei der heutigen Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Ausbach-Schwabach erhielt Conrad (deutsche Volkspartei) 7230, Hüfnagel (ton) 5721 Stimmen. Conrad ist somit gewählt.

**Quittung.**

Für den Preßfonds gingen ein:  
 Vom Allgemeinen Arbeiter-Verein in Moisling . . . . . 1 Mk.  
 Von einem Freunde des „Volksboten“ in Moisling . . . . . „  
 Vom Verband der Zimmerer (Zahlstelle Lübeck) . . . . . 2 „  
 Vom Verband deutscher Müller (Zahlstelle Lübeck) . . . . . „  
 Von einer Amerikanischen Auktion . . . . . „  
 Von Carl Dohje . . . . . „

Mit den in Nr. 130 quittirten. . . . . 10 „  
 Insgesammt . . . . . 13 „  
 Friedr. Meyer & Co.

Angewandte aus abgegangene Schiffe in Travemünde

Angelommen:  
 Sonntag, den 7. Juni:  
 4,25 B. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 18 St.  
 6,— B. Lucie Julie, Adam, von Fehmarn in 1 Tg.  
 6,05 B. D. Johann Tillberg, Söderquist, von Gese in 3 Tg.  
 7,45 B. D. Jyden, Lund, von Malmö in 16 St.  
 11,— B. Johanna Christine, Brunmeister, von Grossenbrode in 1 Tag.

Abgegangen:  
 Montag, den 8. Juni:  
 4,— B. D. Najaden, Müller, von Kopenhagen in 12 St.  
 4,05 B. D. Wera, Claffen, von Grimshy in 84 St.  
 4,45 B. D. Barola, Howling, Sunderland in 3 Tg.  
 4,20 B. D. Der Preuße, Behnmann, von Königsberg in 30 St.  
 3,55 B. D. Dora, Brehmer, von Memel in 48 St.

Sonntag, den 7. Juni.  
 8,30 B. Martha, Wesberg, nach Lügarn.  
 8,30 B. Walomar, Hansen, nach Gohdenburg.  
 10,30 B. D. Stadt Lübeck, Krause, nach Danzig.  
 2,30 N. D. Dypheus, Beele, nach Königsberg.  
 3,10 N. D. Jyden, Lund, nach Malmö.  
 3,20 N. D. Luba, Vomer, nach Königsberg.  
 Montag, den 8. Juni.  
 7,30 B. Drei Gebrüder, Dehmer, Hohewarht.  
 Rud und Wasserland in Travemünde 8 Uhr B : 6,30  
 S. mäßig

**Schiffsbewegung in der Offsee.**

D. Europa ist am 6. Juni von Westharterpool auf Wylth gedampft.  
 D. Elbe ist am 5. Juni von Kronstadt auf hier abgedampft.  
 D. Theodor Burchard ist am 4. Juni von St. Petersburg auf hier abgegangen.  
 D. Ella ist am 6. Juni in St. Petersburg eingetroffen.

To min Schwager Dos sien Geburtsdag dunnerendes Hoch! Lat den'n Dag nich bi waren, lewer lat dat Fatt fir loyen, damit all wat kriegen Nu rah mal?

Ein neues Sopha ist für 25 Mk. zu verkaufen. Große Gröpelgrube 21

Zu verk. ein gut erh. Kinderwagen Näheres Johannistrafte 41.

Gesucht sogleich ein Mädchen zu häuslichen Arbeiten. Engelsharube 87.

Gesucht zu sofort junge Mädchen zur Erlernung der Schneiderei. Große Mtesfahre 32.

Juni 1. Juni eine Wohnung zu vermieten Preis 120 Mark. Nielsenstraße 7. Näheres dahelbst, hinten.

Zum 1. Juli eine freundl. Wohnung (2 Zimmer) Küche mit Wasser u. all. Zubeh. Lg. Lohberg 4

Zu vermieten ein Logis an zwei ordentlichen Leute Engelsharub 24, 1. Etage.

**Farg-Magazin**

von C. Stiegmann  
 Johannistrafte 45  
 empfiehlt Särge aus Tannen- und Eichenholz zu billigsten Preisen.  
 Bekleidungen halte stets vorräthig.

**Holzarbeiter-Verband**

Mittwoch den 10. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Leake, Lederstr. 3. Tages-Ordnung:

1. Bericht von der letzten Delegirtenversammlung
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

**Quartett-Verein „Amicitia“**

**Ausflug** nach Grensmühlen am Sonntag den 14. Juni 1896. Abfahrt Mittags 1 Uhr. Einführung gestattet.

NB. Fahrkarten sind bis Sonnabend Abend bei unserm Voten, Hüfnagelstr. 72, zu haben. Vereinszeichen ist anzulegen.  
 Der Vorstand.

**Tivoli-Theater**

Dienstag den 9. Juni 1896: Zum letzten Mal.

**Der Zigeunerbaron**

Operette in 3 Akten von F. Schöner. Musik von F. Strauß.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

**Beste Verwerthung** bei sofortiger Cassa für Waaren aller Branchen, Fabrikate und Produkte jeder Art. Provision billig. Keine Nebenspesen. **Waaren-Commissions- und Auktions-Haus.** Holstenstraße 21.

**Die begehrtesten Artikel** sind augenblicklich:  
**Steppdecken** vollständig groß, von 2,75 Mk. an.  
**Touristen-Hemden** für Herren und Knaben, von 92 Pfg. an.  
**Sommer-Unterzeuge** von 58 Pfg. an.  
**Damen-Blousen** in allen neuen Facons.  
**Filet-Handschuhe** Paar von 20 Pfg. an.  
**Herrn-, Damen- und Kinder-Sommer-Strümpfe** in allen Preislagen.  
**Leichte Sommer-Arbeits-hosen** und Joppen von 1,68 Mk. an.  
**Knaben-Blousen und Hosen** in echten Wäschstoffen.  
 Für die bedürftigsten **Schulfestlichkeiten** halte ich große Auswahl vorräthig in:  
**weißen Wäscheleiderhosen** wie Wulk, Stidereistoff, Nips, Piques, Brocades, Cotelenes u. s. w. per Rtr. von 48 Pfg. an.  
**Cattune, Satins, Battiste und Mouffelines** per Meter von 30 Pfg. an.  
**Otto Albers**  
 Lübeck, Rohmarkt 13.  
 Baarverkaufslokal für Manufacturwaaren.

Den so sehr beliebt gewordenen  
**Kautaback**  
 aus der Fabrik von G. Thörenberg, hier, Alststraße, empfiehlt bestens  
**Reinh. Büsen, Arnimstraße.**  
 Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:  
**Scherm's**  
**Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.**  
 Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientirungs-(Straßen-)Karten und über 2000 Reisetouren.  
 Gebunden ganz in Leinen 1,50 Mk.

**Prima Bratenschmalz** à Pfund 30 Pfg.  
**Flohenschmalz** à Pfund 60 Pfg.  
 empfiehlt **Oswald Heine**  
 Grondorfer Allee 32a.

**M. Lahrtz, Böttcherstraße**  
 empfiehlt sämtliche frische Fleischwaaren in nur bester Qualität, äußerst billig, sowie ger. Schinken, ganz und im Ausschnitt, geräuch. Mettwurst 80 Pfg., beste Cervelatwurst 1 Mk., Speck 60 Pfg., in ganzen Stücken billiger. Täglich frische Leberwurst und gef. Wurst 60 Pfg., Braunschw. Wurst und Preßwurst 50 Pfg. u. s. w.  
**Vortheilhaft für Wirthe u. Händler.**

**Holz- und Steinkohlen-Theer.**  
**Johs. Schwabroh, Moisling, Allee 33.**

**Sensenstreicher (6 Sorten)**  
 in abgelagerter Waare empfiehlt en gros & en detail  
**Obertrave 8. Ludw. Hartwig.**

**Wagenbeschwerden.**  
 Reinen daran leidenden Mitmenschen gebe ich gern unentgeltlich Rath und Auskunft, wie ich davon befreit und gesund geworden bin.  
**F. Koch, Königl. post Förster**  
 Pömbjen, Post Nieheim (Westfalen).

**Schöne Pflaumen** à Pfund nur 10 Pfg.  
 bei **C. Manzel,**  
 Fleischhauerstraße 89.

**Billigsten Sohlen-Ausschnitt** und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt **Friedr. Dührkop, Fischstraße 18.**

**Weisse Seife** Pfund 23 Pfg., 10 Pfund 2,15 Mk.  
**Ol-Seife** Pfund 18 Pfg.  
**Toilette-Seife** 3 Stück 18 Pfg., 6 Stück 35 Pfg.  
 bei **Ferd. Schreiber.**  
 12 obere Johanniststr. 12.

**Ausverkauf von Schreibwaaren**  
 Federkasten sonst 40 Pfg. jetzt nur 20 Pfg.  
 Benale 2 Stk. nur 8 Pfg. Kautel 2 Stk. 5 Pfg.  
 Tafeln à 10 Pfg. u. u. Süßstraße 40.

**Frau J. Dentzau, Lübeck**  
 Untertrabe 113  
 Vom 5. Juli täglich zu sprechen:  
**Fadenburger Allee 1 c. nahe Bahnhof**  
**Eine geübte Schneiderin**  
 empfiehlt sich in und außer dem Hause.  
 Gerberstraße 1, 1. Etage.

## Soll man die Sozialdemokratie zur akuten Revolution, zu Straßenkämpfen zwingen?

Von A. B e b e l.

Unter diesem Titel hat der bekannte Reichsfreiherr v. Fehrenbach-Laudenbach im Verlag von Friedr. Luchhardt, Berlin und Leipzig, eine Schrift erscheinen lassen, die, wie der Titel zeigt, ihre Entstehung dem berüchtigten Artikel der „Hamburger Nachrichten“ verdankt, in dem gerathen wurde, die Sozialdemokratie zur gewaltsamen Revolution zu zwingen. Während die einen den Alt-Reichskanzler als den Autor jenes Aufsehen machenden Artikels bezeichnen, bezeichnen andere den Sohn des Alt-Reichskanzlers, den Grafen Herbert Bismarck, als den Verfasser. Schließlich ist es gleich, wer von den Beiden den Artikel schrieb. Schrieb ihn der junge Bismarck, so hat ihn der alte veranlaßt. Der Ort, wo er erschien, Inhalt und Stiel verrathen, daß sein Ursprung im Sachsenwalde zu suchen ist, von woher jener brutale, gewaltthätige Geist herüberweht, der ein Menschenalter lang Deutschland beherrschte und der so zahlreiche Bewunderer und Adepten in unseren herrschenden Klassen findet.

In erster Linie sind es die um den Freiherrn von Stumm, die hier in Betracht kommen, und dieser Bismarck-Stummische Geist ist es, gegen den der Verfasser der erwähnten Schrift sich sehr entschieden wendet.

In diesem reichsfreiherrlichen Verfasser verkörpert sich ein seltsames Gemisch von Einsicht und Kurzsichtigkeit, von fortschrittlichen und reaktionären Geistes. Er ist eine Persönlichkeit, wie sie nur eine in der Auflösung und im Untergang befindliche Gesellschaftsperiode erzeugt, eine Persönlichkeit, die erkannt hat, daß die Zustände in der Gegenwart unhaltbar und unmöglich geworden sind, die aber aus ihrem gesellschaftlichen Milieu und Interessenskreis heraus für die neuen Formen der Zukunft sich nicht zu entscheiden vermag, sondern Vergangenes mit Zukünftigem zu amalgamiren (verschmelzen) trachtet, um daraus eine neue, allerdings unmögliche gesellschaftliche Ordnung zu bilden.

Geister vom Schlage des Freiherrn von Fehrenbach-Laudenbach finden wir fast vor vierhundert Jahren zahlreich auf Seiten der Reformation und im Hutten-Sickingenschen Zuge, die gegen Fürsten und Pfaffen und die Patrizierwirtschaft — das aufkeimende Großbürgertum in den Städten — kämpften, und ein Reich zu gründen suchten, in dem der Kaiser sich auf den niederen Adel, die Bürger und Bauern stützte. Es war ebenfalls ein unmögliches Ziel.

Ganz im Stile dieser Geister zu Anfang des sechszehnten Jahrhunderts predigt der Freiherr v. Fehrenbach am Ende des neunzehnten Jahrhunderts: der alte historische Adel müsse zum Volke halten, der Adel vom Volke getrennt, sei nur noch ein Hofgesinde (S. 13). Und wie jene von Fürsten und Pfaffen und patrizischen Geldproben nichts wissen wollten, so will er von den Emporkömmlingen des dritten Standes nichts wissen, welche durch Ausnutzung des ihrigen und des „vierten“ reich geworden,

sich uns (dem alten historischen Adel) nun gleichzustellen beabsichtigen (S. 25).

Der Haß gegen diese Emporkömmlinge (die Stumm, Krupp und diese progige Bourgeoisie) entstammt der Erkenntnis, daß sie die eigentlichen Revolutionäre sind, deren Herrschaft alles Bestehende untergräbt und den Zusammenbruch der gesammten bürgerlichen Welt zur unausbleiblichen Folge hat, gelingt es nicht, sie zu verdrängen und über ihre Köpfe hinweg eine Brücke zu bauen, die das Alte mit dem Neuen organisch verbindet.

Diese Erkenntnis von der revolutionären Rolle unserer Bourgeoisie veranlaßt den reichsfreiherrlichen Verfasser zu Aussprüchen der Kritik, die jeder Sozialdemokrat unbedenklich unterschreiben kann. So wenn er gleich im Eingang seiner Schrift sagt: „Wir stehen an dem Wendepunkt einer Jahrhundert alten Kulturperiode, die sich zum großen Theil ausgelebt hat und im offenen, feindseligen Widerspruch zu den Entwicklungen und Bedürfnissen der heutigen Staaten und ihrer Gesellschaften steht . . .“ Und: „Die gegenwärtigen Zustände mit Gewalt erhalten zu wollen, ist eine exakte Unmöglichkeit, es wäre einer der thörichtesten Sisyphus-Arbeiten auf den Gebieten der Staatskunst.“

Weil nun die Bismarck-Stumm'sche Politik auf die Verewigung dieser Zustände hinausläuft, daher die Bitterkeit, mit welcher die „Führer des revolutionären Junterthums“, wie ihn 1885 die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ nannte, diese Politik bekämpft. In der Beurtheilung der inneren Politik Bismarcks stimmt er ganz mit der Sozialdemokratie überein. Bismarck, so klagt er, betreibe eine großkapitalistische Politik, er fordere die Revolution heraus, er verlege den friedlichen, organischen und legalen Entwicklungen in gemeinsamer Weise die Wege. Fehrenbach bekämpft auch die Caprivische Politik, „unter dem die soziale Reformpolitik erlahmte“, eine Richtung, der sich der jetzige Reichskanzler angeschlossen habe. Bismarck sei kein Staatsmann für die inneren Verhältnisse des Reiches.

Freiherr v. Fehrenbach setzt seine Hoffnung nur noch auf die Fürsten und in erster Linie auf den Kaiser. Befritten die Regierungen nicht den Weg der Reform, wehrt sie nicht dem omnipotenten Kapital, ergreifen sie vielmehr für das Kapital Partei, so bewiesen sie, daß sie selbst kapitalistisch geworden seien. Verschieden die Fürsten sich dem Kapitalismus, dann unterzeichneten sie das betreffende Aktienstück für ihre Entbehrlichkeit. In letzter Instanz sei der kapitalistische König „ein gekrönter Ausbeuter und Volksfeind“, er habe sich vor dem Lucrum gebeugt und ihm zu Liebe die Pflichten für sein Volk geopfert.

Man sieht, der reichsfreiherrliche konservative Sozialreformer zieht die stärksten Register, um den Fürsten und den Regierungen klar zu machen, wohin sie zu steuern hätten.

Mit dem Eifer eines Mannes, der aus ehrlicher Ueberzeugung kämpft, geht er daher auch allen denen energisch zu Leibe, welche die von ihm für falsch gehaltene Richtung der Regierungen unterstützen oder Hemmnisse seiner Bestrebungen sind. So bekämpft er heftig die Anschauung der „Konservativen Korrespondenz“, der zufolge

die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung durch soziale Reformen unfehlbar volles Fiasko gemacht habe und nach der die Sozialreform nur eine Begünstigung der sozialdemokratischen Bewegung sei, weshalb sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn breche, daß alles, was für die Arbeiter geschehe, der sozialdemokratischen Partei und deren Ansehen zu Gute komme.

Diese Anschauung, die Fehrenbach als falsch und verderblich ansieht, hat bekanntlich in den konservativen Parteien Oberwasser erhalten, wie das demonstrative Verhalten derselben im Reichstag und preussischen Landtag zeigt, anlässlich der Verordnung des Bundesrats, betr. die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien, und des Entwurfs der Kommission für Arbeiterstatistik, betr. den Achtuhrladenfluß der kaufmännischen Geschäfte. Diese Dyposition der konservativen Parteien unter Führung der Herren v. Stumm und v. Mantuffel — Schlotbaron und Junker Arm in Arm — richtet sich zunächst gegen den preussischen Handelsminister v. Berlepsch, in dem man das Haupt der arbeiterreformfreundlichen Richtung sieht — eine Richtung, die wahrhaftig mehr als schwächlich genannt werden muß — sie richtet sich aber in zweiter Linie und hauptsächlich gegen jede soziale Reformpolitik zu Gunsten der Arbeiter überhaupt.

Es ist nicht mehr zu leugnen, das industrielle und agrarische Junterthum wittert Morgenluft, es sieht, daß sein Weizen an entscheidender Stelle blüht. Die Hoffnung, die Arbeiter für das herrschende System zu gewinnen, ja selbst die Hoffnung, soweit die Arbeiter noch auf Seiten dieses Systems stehen, sie auf dieser Seite auf die Dauer zu halten, ist aufgegeben. Die Abneigung gegen die Sozialreform hat die Oberhand gewonnen, und von da bis zu dem Entschluß, mit den unzufriedenen Drängern aufzuräumen, indem man ihre Macht bricht und sie mundtot zu machen sucht, ist kein weiter Weg mehr. Sehr mächtige Wähler sind mit Erfolg an der Arbeit, das bisher Erworbene in Frage zu stellen und an die Grundlage des Erworbenen — das allgemeine Wahlrecht — die Hand anzulegen.

Auch Fehrenbach ist kein Freund des allgemeinen Wahlrechts, er sieht in demselben einen Widerspruch mit den sozialen Grundlagen der Gesellschaft, aber er will dasselbe nicht umgestalten, bevor nicht eine andere soziale Basis geschaffen ist. Dem Widerspruch, den er in der politischen Freiheit und sozialen Abhängigkeit für die Mehrzahl der Menschen erblickt, giebt er mit den Worten Ausdruck: „Unter den früheren Arbeitsverhältnissen, als die sublime Großindustrie noch nicht herrschend war, hatte jeder Handwerksbursche in seinem Felleisen die Anwartschaft auf den Meister und auf das „Rentner-Patent“. Seine politischen Freiheiten waren zwar geringer, dafür aber die wirtschaftlichen um so größer. Heute steht er in Bezug auf seine politische Freiheit ganz auf gleicher Stufe mit dem Reichskanzler, den Herren v. Stumm und Krupp, in wirtschaftlicher hingegen hat er nur die Freiheit: ohne sich je verbessern zu können, zu arbeiten oder zu hungern. . . . Die realen Freiheiten, durch welche man sich Existenzen erwerben konnte, wurden den Leuten abgeschwindelt, dafür erhielten sie die politischen, mit denen sie ihr Lebtag arm bleiben müssen“ (S. 36).

## Der Doppelgänger.

Roman von Carl Görlig.

(35. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

### 14. Unter Fliedersträuchern.

An dem nächsten Tage war die ganze Stadt in Aufruhr.

Das Verschwinden Bertholds, eines allgemein geschätzten und bekannten Mannes, war jetzt zur Kenntniß des Publikums gekommen. Man wußte auch, daß er das Opfer eines schändlichen Verbrechens geworden, wenn auch sein Körper noch nicht gefunden war. Daran knüpften wohl einige die Hoffnung, daß sich Bertholds Verschwinden noch anders und weniger schrecklich aufklären könnte, aber sie wurden durch die eiserne Konsequenz der ermittelten Thatfachen widerlegt. Urbans so raffiniert erdachte und bis jetzt von Erfolg gekrönte Flucht sprach zuerst mit kategorischer Gewißheit dafür, daß er der Mörder Bertholds war. Seine Antecedenten, welche durch Werner bewiesen waren, ließen ihn als einen Mann erscheinen, von dem man sich der That wohl versehen konnte; hatte er doch auch unzweifelhaft vor zwei Jahren in der Residenz den Baumeister Scholwien ermordet und beraubt. Endlich war auch das Motiv zu dieser neuen Schreckensthat durch den Inhalt der in Urbans Pult aufgefundenen Berthold'schen Briefe klargelegt.

Aus diesen Briefen ging hervor, daß Urban heimlich durch Bertholds Vermittelung an der Börse in L. Differenzgeschäfte in Aktien gemacht hatte, und daß bereits seit mehreren Wochen bedeutende Verluste zu decken gewesen waren. Berthold hatte lange Zeit in dem Wahne gelebt, daß der Fabrikbesitzer Gotthilf Allenstein selbst der Aktien-Spekulant wäre, da Urban seinen Chef in geschäftlicher Hinsicht ausschließlich vertrat; doch Urban hatte in viel

größerm Maße für eigene Rechnung spekulirt und war zuletzt nicht mehr im Stande, bei der rapiden Baiffe in vielen Effekten die entstandenen Differenzen am letzten Ultimo zu begleichen.

Das Bankhaus Wortmann und Schubert in L. hatte von Berthold, von welchem ihm die Aufträge zum An- und Verkauf der betreffenden Aktienorten stets gekommen waren, Deckung verlangt. Daher das Telegramm genannter Bankfirma an Berthold, daß er zur emblichen Regelung der Differenzen, die brieflich nicht erzielt worden war, persönlich nach L. kommen solle.

Berthold seinerseits hatte sich an Urban gehalten, war durch diesen von einem Termin zum andern vertröstet worden, bis er an jenem verhängnisvollen Abend kurz vor seiner Abreise zu diesem gegangen war, um die nöthige Summe zur Deckung der Differenzen bei der Bankfirma Wortmann und Schubert in Empfang zu nehmen. In dem letztatirten Briefe Bertholds an Urban zeigte er seine Ankunft für jene späte Stunde an. Aus dem Inhalt dieses letzten Briefes ging hervor, daß er von Urban gerade zu diesem Zeitpunkt bestellt sein mußte.

Der Unglückliche, welcher Urban jedenfalls schon als gewissenlosen Spekulanten kannte, denselben aber gewiß keines Mordes fähig gehalten, war zu ihm gegangen, um — zu verschwinden.

Wohin? Das war für den Augenblick noch in un-durchdringliches Dunkel gehüllt. Man verfolgte allerdings bereits eine schwache Spur, die der Kriminalkommissarius Pätisch gestern entdeckt hatte, und wovon wir später weiter hören werden.

Eine gleiche Aufregung, wie sie sich in der Stadt im großen Kund gab, herrschte in dem Gotthilf Allenstein'schen Hause und in seiner Fabrik im Kleinen.

Die Ereignisse der vorigen Nacht hatten ihn aus der Lethargie, in welche er jahrelang versunken gewesen war, aufgerüttelt.

So langsam er gewesen, so streng war er jetzt in seiner Empörung.

Frau Wöhlert hatte bereits das Haus verlassen, die Köchin und Lotte ebenfalls.

Auch der Fabrikwächter war von Allenstein fortgejagt worden.

Letzterer hatte zwar von der Anzeige des Weindiebstahls Abstand genommen, wollte aber niemand von dem ungetreuen Personal mehr um sich sehen.

Was war aber deren Vergehen gegen das Verbrechen, welches Urban zur Last gelegt wurde!

Altenstein war überall, bald im Hause, bald im Comptoir, bald in der Fabrik. Er entfaltete, den Verhältnissen nach, eine beispiellose Thätigkeit.

Altenstein befand sich gerade im Comptoir bei Prüfung der Geschäftsbücher.

Evident ging aus denselben hervor, daß Urban vor zwei Jahren, genau an dem Tage, an welchem Scholwien in der Residenz ermordet worden, sich auf einer Reise nach H., der großen norddeutschen See-Stadt befunden hatte.

Er konnte nun damals sehr gut auch in der Residenz gewesen sein.

Da wurde Allenstein durch lautes Getümmel auf der Straße aus seinem Sinnen aufgeschreckt. Er schickte einen Komptoiristen hinaus, um sich nach der Ursache des wachsenden Lärms erkundigen zu lassen.

Der junge Mann brachte die Nachricht zurück, daß mehrere Polizeibeamte, gefolgt von einer großen Menschenmenge, sich auf der Straße befänden; es hieß, der ermordete Berthold sei irgendwo in der Nähe gefunden worden.

Altenstein schüttelte verzeifelt den Kopf. Die Aufregungen nahmen kein Ende. Er stand auf, ergriff seine Mütze und verließ das Comptoir. Draußen kam ihm sein Bruder Elias entgegen.

Es ist nicht nöthig, das Schiefe und Einseitige dieser Ausführungen, die stark an Fouriersche Aeußerungen ähnlicher Art erinnern, den Lesern darzulegen, wir setzen sie an, weil sie charakteristisch sind für den konservativen Sozialreformer, und eine Stellungnahme bezeichnen, die eine contradictio in adjecto (Widerspruch im Zusatz) enthält.

Fechenbach führt weiter aus, die Frage sei: Soziale Reform oder soziale Revolution. Man kämpfe nur gegen den Umsturz, in dem wir jetzt schon begriffen seien und der das Agens (treibende Kraft) sei für die „umschlitzenden Verlangen“ der Sozialdemokratie. Daraus richtig bemerkt er S. 60: „Die kapitalistische Produktion ist es, die in erster Linie den sozialen Frieden raubt, und die Feinde innerhalb der Grenzen schafft und fortwährend vermehrt, sie ist es, welche den Glauben an Gott und dessen Gerechtigkeit für Millionen von Menschen erschüttert, welche die Vaterlandsliebe und das Heimathsgelübbe tödtet, sie ist es, welche eine furchtbare Summe von Erbitterung, Haß und Machegefühl in den Herzen der Arbeiter erzeugt.“

Durch soziale Refo...en müßte die Sozialdemokratie gespalten und ohnmächtig gemacht werden, meint Fechenbach weiter, ein Gedanke, der manches für sich hätte, wären unsere Gegner in ihrer sehr großen Mehrzahl zum Glück für uns nicht kurzfristige Egoisten und ausgesuchte Dummköpfe. „Schafft den Arbeitern die Möglichkeit, zu einem Besitz zu kommen, und Ihr braucht keine Umstürzvorlage mehr. Die Herren Bebel, Liebknecht, Volkmar, Auer und Grillenberger u. u. sind dann durch die Macht der Thatfachen überwundene Größen.“ So lang; aber die Ursachen blieben, müßten die Wirkungen dieselben bleiben, bringe man alle Sozialdemokraten um, so würde es dennoch immer wieder Sozialdemokraten geben, weil sie die Konsequenz der rein kapitalistischen Wirtschaftformen seien. Er bezieht sich hierbei auf den holländischen Justizminister Dr. H. J. Schmidt, der auf eine Interpellation à la Stumm in der holländischen Kammer erwiderte: „Derjenige, der glaubt, eine Lehre durch Strafgesetze unterdrücken oder zum Schweigen bringen zu können, täuscht sich, denn die Erschütterungen, die er vermeiden will, werken dadurch herbeigeführt.“

Natürlich ist Fechenbach von der Widersinnigkeit des Kommunismus vollständig überzeugt, der eine Verleugnung und Unterdrückung der Menschennatur sei. Er tritt für das Margarinegesetz, das Borsengegesetz mit dem Verbot des Terminhandels, für ein konservatives bürgerliches Gesetzbuch, das die Zivilehe beseitigt, für Doppelwährung u. ein, als Mittel zur Konfervirung der Mittelstände. Er begegnet sich also hierin mit den Konservativen, die er auf dem Gebiete der Arbeiterreformpolitik entschieden bekämpft. Zum Schluß richtet er einen Appell an den Kaiser, von dem er den Kampf gegen die „geheimen Oberlandesherren“ verlangt, wie er die Großkapitalisten, die Rothschild, Stumm, Krupp und Konsorten nennt. Kennen die Regierungen kein Mittel zur Aenderung der unhaltbar gewordenen Verhältnisse, verleugneten sie ihre providentielle Bedeutung, so würden sie schließlich selbst Partei und degradirten sich zu einem Schutzorgan der plutokratischen Herrschaft, deren Sturz Fechenbach als sicher vorausieht.

„Wäre die nationale und politische Vereinigung nicht durch die Monarchie erfolgt, so wäre sie stets ein Postulat der politischen Revolution geblieben, wie jetzt die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen ein Postulat der sozialen Revolution bleiben wird, wenn nicht auch sie durch den „königlichen Geist“ und durch die „königliche Gewalt“ geübt werden.“ (S. 112.)

Die beiden Brüder reichten sich stumm die Hand. Die Entfremdung, welche jahrelang zwischen ihnen geherrscht hatte, war in dem Strudel der sich überführenden Ereignisse in den letzten vierundzwanzig Stunden untergegangen.

„Gott hilf!“  
„Elias!“

Ihre Namen waren alles, was sie sprachen, aber in dem Ton, wie sie ausgesprochen wurden, lag Neue, Bedauern über die Vergangenheit, Trost und gegenseitiges Gelübniß von Brüderlichkeit für die Zukunft.

Arm in Arm näherten sie sich der kleinen Pforte, wohin Elias seinen ältern Bruder führte.

Vor der Pforte stand Werner, der den Aeltern der Brüder Allenstein eheerbietig grüßte, was mit ernster Freundlichkeit von diesem erwidert wurde.

„Was ist Neues geschehen?“ fragte Gotthilf leise, als er auf der Straße die Polizeibeamten und die große Volksmenge sah.

„Man vermuthet eine neue Entdeckung,“ antwortete Elias im Flüsterton; „ich habe Dich geholt, damit Du derselben beiwohnen möchtest!“ Er führte Gotthilf nun bei der Fabrik vorbei, nach seinem Garten, an dessen Thür der Kriminalkommissar Pätzsch und mehrere Polizeidiener die Herren erwarteten. Werner folgte ihnen.

Elias Allenstein schloß die Thür auf. Die beiden Brüder, Werner, der Kommissar und die Polizisten traten in den Garten.

Der Polizeikommissar führte den kleinen Zug nach der Seite von Elias' Garten, wo er von Gotthilfs Fabrikgebäude begrenzt wurde.

Längs des Fabrikgebäudes zog sich im Garten ein dichtes Boskett hoher Fliedersträucher hin, vor welchen niedrigere Jasminbüsche und Spireaflaumen angepflanzt waren. Der Untergrund dieses Bosketts war von Unkraut

Dies das Wesentliche der Anschauungen, die der Reichsfreiherr v. Fechenbach Landenbach in der Eingangs erwähnten Schrift niederlegte. Herr v. Fechenbach ist der vollkommene Antipode des Herrn v. Stumm. Wie dieser die maßgebenden Gewalten „scharf“ macht zum gewaltthätigen Kampf und zur gewaltthätigen Unterdrückung der Sozialdemokratie und zur Rechtlosmachung der gesamten Arbeiterklasse, um einen feudalen großkapitalistischen Industriestaat zu schaffen, für den er die große Mehrzahl der Junker und der Industriearbeiter auf seiner Seite hat, so sucht der altadelige Reichsfreiherr die maßgebenden Gewalten „scharf“ zu machen gegen den Kapitalismus und Großindustrialismus und für Gründung eines modern-mittelalterlichen Volkentums, das dunkel in seiner Phantasie existirt. Da wird, fürchten wir, der Realismus des Herrn v. Stumm, wohl über die Ideologie des Freiherrn v. Fechenbach siegen. Daß aber der Realismus der Bismarck-Stumm nicht auch den Idealismus der Sozialdemokratie beslegt, dafür sorgen diese kapitalistischen Revolutionäre selbst, die in der Rolle des Stumm die Saat ausstreuen, aus der unfehlbar ihre Besieger hervorgehen.

Schriften wie die vorliegende Fechenbachsche sind Wetterzeichen, die, indem sie ein Bild der politischen Windrichtung geben, erathen lassen, woher der Sturm kommt. (Neue Zeit, Heft 35.)

## Soziales und Arbeit-Leben.

**Kapitalistische Arbeiterfürsorge.** In Braunschweig ist eine große Antepinnerei abgebrannt, 1650 Arbeiter und Arbeiterinnen sind dadurch vor die Existenzfrage gestellt worden. Als nun verschiedene Arbeiter den Fabrikdirektor über die fernere Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses zur Rede stellten, gab ihnen der Mann zur Antwort: „Geld ist genug da; ein Theil der Arbeiter kommt nach Beschelde (einer Stille der Fabrik), wo jezt Tag- und Nachtschicht gemacht werden soll. Einen anderen Theil muß die Stadt unterstützen.“

Die Berliner Maurer beabsichtigen abermals in den Ausstand einzutreten. In diesem Sinne resolvirte eine von etwa 2000 Maurern besuchte Versammlung. Und zwar erfolgte die Wiederaufnahme des Streiks, weil die neunstündige Arbeitszeit auf 264 kontrollirten Bauten mit 2546 Arbeitern noch nicht bewilligt worden ist. Auf anderen 331 Bauten mit 4083 Arbeitern ist sie schon durchgeführt. Der Ausstand des Ausstandes beginnt mit dem 8. Juni. Doch soll vorher noch in verschiedenen Versammlungen die augenblickliche Situation erörtert werden, in einer allgemeinen Versammlung, die am Sonntag stattfinden wird, soll dann der endgültige Beschluß gefaßt werden.

## Aus Jäh und Fern.

**Verhaftung eines Lieutenants.** Wegen dringenden Verdachts, sich gegen § 176,3 des St.-G.-B. (Blutschande) vergangen zu haben, ist dem „Ruj. B.“ zufolge der Lieutenant F. in Snowrazlaw (Posen) verhaftet worden.

**Kattowitz.** Einen grausigen Selbstmord hat der Kaufmann Leiser Gruber im benachbarten Ozwienine begangen. Der Selbstmörder hatte sich Spiritus auf den Kopf gegossen und denselben angezündet, worauf er laut um Hülfe rief. Als seine Angehörigen ins Zimmer traten, fanden sie ihn zwar noch lebend, aber mit vollständig verkohnten Fleischtheilen am Kopfe auf. Herzliche

und Pflanzen aller Art überwuchert, so daß das Ganze eine kleine grüne Wildnis bildete.

Hierher lenkte der Kriminalkommissarius seine Schritte; er drang auch in das Pflanzengebüsch ein, während die anderen vorläufig auf freiem Wege warteten. Der Kriminalbeamte erhob mehrere Male seine Blicke zu den Fenstern von Urbans ehemaliger Wohnung und suchte in dem grünen Gebüsch die Stelle zu erreichen, welche grade unter diesen Fenstern lag. Das war keine kleine Mühe, da das Gebüsch, je näher an der Mauer, desto dichter verwachsen war.

Plötzlich stieß der Beamte einen Ruf der Ueberraschung aus. Die Zweige der Büsche waren hier vielfach geknickt, ein großer Ast eines Fliederbaums war vollständig abgebrochen und hing zur Erde nieder. Ein Theil des Erdbodens stach im Ausschauen ganz gegen seine Umgebung ab. Während ringsum Kesselfelgebüsch und Klettenstauden üppig in die Höhe geschossen waren, war an einer Stelle die Vegetation augenscheinlich zerstört worden. Theilweise sah man hier frisch aufgewühlte Erde, theilweise zertrretene, abgerissene, schon halb verwelkte Pflanzen umherliegen.

„Wenn mich nicht alles täuscht,“ murmelte der Kriminalkommissarius vor sich hin, „ist es so, wie ich muthmaßte! Der Körper scheint aus einem der Fenster herabgestürzt und dann hier verscharrt zu sein!“

„Hierher!“ rief der Kommissar laut, und gleich darauf hörte man das Rauschen und theilweise Brechen der Zweige, durch welche sich die vor dem Gebüsch Stehendgebliebenen jezt Bahn machten.

Zwei der Polizeidiener trugen Spaten und Hacke. Der Kommissar deutete auf die vom Pflanzenwuchs freie Stelle.

„Beginnt!“ sagte er ernst und setzte dann fast finstern hinzu: „Aber Vorsicht!“

(Fortsetzung folgt.)

Hülfe war unmöglich. Nach neunstündigen unsäglichen Qualen wurde G. durch den Tod erlöst. Der Selbstmörder, ein reicher Mann, scheint die grausige That einem Aufalle von Geistesstörung vollbracht zu haben.

**Gerhard Mohlfs,** der weltbekannte Afrikareisende, ist in Godesberg nach längerem Leiden gestorben. Mohlfs, der im Jahre 1831 in Begeja geboren war, hatte in Göttingen studirt und war dann im Jahre 1855 als Arzt nach Algier gegangen, wo er in die französische Armee eintrat. Fünf Jahre lebte er in dieser Stellung im Norden Afrikas und wurde mit der Sprache und den Sitten der Eingeborenen so vertraut, daß er auf seinen späteren Reisen sich für einen Muhammedaner ausgeben durfte. Im Jahre 1863 durchstufte er die marokkanische Sahara von Westen nach Osten bis zum Wadi Dron, wo er von seinen Jähren ausgeplündert und verwundet wurde, drang 1864 über das Schneegebirge des Atlas bis zur Dase Thut vor, von der er die erste Beschreibung lieferte, und kehrte über Ghadames und Tripolis auf kurze Zeit nach Deutschland zurück. Eine neue Reise führte ihn 1865 nach Marokko, wo er während eines Aufenthalts eine handschriftliche Geschichte Fezzans verfaßte und eine umfassende Beschreibung des Landes und der benachbarten Landschaft Tibesti gab. 1866 zog er über Wilma nach Bornu und lieferte von diesem Wege die erste vollständige Skizze. Von dort wandte er sich nach Westen und gelangte durch damals noch gänzlich unbekanntes Gebirge zum Vinnee und fuhr diesen Fluß bis zur englischen Niederlassung Lokodja an seiner Einmündung in den Niger hinab. Im April fuhr er den Niger aufwärts bis Rabba und drang durch die Urwälder von Toruba bis zur Klippe von Lagos, wo er sich 1866 nach England einschiffte, 1868 begleitete Mohlfs die englische Armee auf ihrer Expedition nach Abessinien und übernahm 1869 den Auftrag, die Geschenke des Königs von Preußen an den Sultan von Bornu zu überbringen. In Tripolis übergab er die Geschenke dem Dr. Nachtigal zur Weiterbeförderung, während er selbst eine Reise nach Kyrenaita und der Dase des Jupiter Ammon unternahm. Nach seiner Rückkehr 1870 nahm er seinen ständigen Wohnsitz in Weimar, wo er sich auch verheiratete. Im Jahre 1873 unternahm er im Auftrage des Khedive mit Asherson, Gordon, Zittel u. A. u. eine Expedition durch die libische Wüste. Im Auftrage der Berliner Gesellschaft für Erdkunde unternahm er 1878 eine neue Reise in Steeckers Begleitung, deren Ziel die Wabailänder bilden sollten. In der Dase Afrika aber wurde er von den Eingeborenen total ausgeplündert und kehrte nach Berlin zurück. Im Jahre 1884 fandte ihn das Auswärtigen Amt als Generalkonsul nach Sansibar, allein er verblieb nicht lange in dieser Stellung. Seit dem Jahre 1888 lebte Mohlfs theils in Weimar, theils in Godesberg, wo er seine reichen Erlebnisse schriftstellerisch verwerthete. Mohlfs gehört zu den Afrikaforschern der alten Schule, die dem deutschen Namen in jeder Beziehung Ehre machten und der Wissenschaft große Dienste leisteten. Es war eine schwere Beleidigung für ihn, wie für Schweinfurth, Vogel, Manch u. A., wollte man zwischen ihnen und ihren Epigonen, den Gewaltsmenschen Peters und Konsorten, überhaupt einen Vergleich ziehen.

**Ein Cenjurstückchen** des Théâtre français giekt gegenwärtig in Paris Anlaß zu kostbaren Glossen über das Elysée. Bei der Generalprobe des kürzlich wieder aufgeführten „Hamlet“ hatte ein Wort in der Friedhofscene Bedenken erregt. Hamlet fragt da: „Wie lange liegt wohl Einer in der Erde, ehe er verfaßt?“ worauf der Todengräber antwortet: „Meiner Treu, wenn er nicht schon vor dem Tode verfaßt ist, so dauert er acht bis neun Jahre aus; ein Lohgerber neun Jahre. Sein Gewerbe gerbt ihm das Fell so, daß er eine Zeit lang das Wasser abhält und das Wasser richte so ne Witzleiche verteuft zu Grunde.“ In der französischen Uebersetzung lautet die Bemerkung des philosophischen Todengräbers so: „Un corps peut vous durer de trois à huit années.“ Par exemple un tanneur se conserve sept ans.“ (Ein Körper kann 3 bis 7 Jahre dauern. (Ein Gerber z. B. hält sich 7 Jahre.) Wenn gleich Dichter häufig Propheten sind, so kann man doch ruhig sagen, daß die Uebersetzer Meurive und Dumas, als sie diese Verse schrieben, keine Anspielung auf das Handwerk beabsichtigten, das Präsident Faure einstmalig betrieben hat, noch auch auf die siebenjährige Präsidentschaft zu welcher ihm Glück und Begabung verholfen haben. Als diese nahezu fünfzig Jahre alten Verse von der Bühne ertönt, ging ein vernehmliches Richern durch das Publikum. Die Zuschauer stießen einander mit dem Ellbogen an und lächelten verständnißvoll. Kein Zweifel, alle hatten bei dem „Lohgerber, der sich sieben Jahre conserviren läßt“, an Faure und sein Septennat gedacht. Der Leiter des Théâtre français, Jules Claretie, wollte dem Staatsoberhaupt den Schmerz ersparen, der Gegenstand einer so respectirlichen Heiterkeit zu sein und befahl dem Schauspieler, der den Todengräber gab, vor nun an zu sagen: „Par exemple, un tanneur se conserve huit ans.“ (Zum B. ein Gerber hält sich acht Jahre.) Bei der Aufführung vom Sonnabend versprach sich der Schauspieler und sprach den Vers laut und deutlich, trotz der Anstrengung des Souffleurs, nach dem ursprünglichen Text; ja, manche wollen wahrgenommen haben, daß er „tanneur“ und „sept ans“ mit besonderem Nachdruck betont. Großes Ergöhen im Publikum und arge Verzweiflung bei Claretie. Das Regiethekollegium hat deshalb beschlossen, den widerspenstigen Vers und die vier folgenden zu streichen.